

Januar 2010

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



metallzeitung

MITGLIEDERZEITUNG DER IG METALL | JAHRGANG 62 | D 4713

WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL SEITE 8

Tarifrunde: Die Vorbereitung läuft

ARBEIT SEITE 13

Elterngeld: Männer wollen immer öfter

LEBEN SEITE 26

Studieren: Was der Bachelor bringt

BEZIRK SEITE 28



JUNGE BESCHÄFTIGTE

**EISKALTE
ZEITEN**

Aktuell

Sichere Arbeit: Die IG Metall will so schnell wie möglich Pflöcke setzen, damit die Arbeitsplätze sicher bleiben und die junge Generation berufliche Perspektiven erhält. Dazu hat sie ein Paket geschnürt, über das sie zurzeit mit den Arbeitgebern redet. IG Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitzer sagt, um was es geht. **Auf Seite 8 »**



Foto: Frank Rumpenhorst

Arbeit

Betriebsratswahlen: Ab März werden wir wählen: die neuen Interessenvertreter. Die Wahlvorstände in den Betrieben sind aber jetzt schon vollauf beschäftigt. Sie organisieren die Wahl und müssen wissen, welche Rechte und Pflichten sie dabei haben. Und was zu tun ist, wenn der Arbeitgeber querschlägt. **Auf Seite 12 »**

Titelthema



Foto: Westend61 / Fotosearch.de

Junge Generation in der Krise: Keine Übernahme nach der Ausbildung. Kein fester Job nach der Uni. Der Traum vom guten Leben auf eigenen Füßen platzt. Die junge Generation ist von der Krise besonders betroffen. Doch da, wo Metaller kämpfen, kann Zukunft gerettet werden. **Auf den Seiten 18 bis 21 »**

Leben

Versichert auf dem Heimweg: Auf dem Weg zur Arbeit und auch nach Hause ist man unfallversichert. Aber gilt das auch, wenn man zwischendurch noch zum Supermarkt fährt? Oder wenn ein Umweg nötig ist, um die Kinder von der Oma abzuholen? Die Antworten stecken in der Zwei-Stunden-Regel. **Auf Seite 22 »**

Chancen

Den Bachelor machen: Der erste akademische Grad, den man erreichen kann, heißt Bachelor. Warum das heutzutage so »internäschönnäl« klingen muss, wie man auch ohne Abitur an die Uni kommt und was dieser Abschluss bringt, steht auf **Seite 26 »**

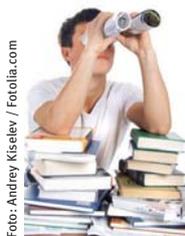


Foto: Andrey Kiselev / Fotolia.com

Titelbild: WestEnd61 / fotosearch.de

Verblödung hat mit Poka Yoke nichts zu tun

metallzeitung 12/2009,

Arbeit, Stichwort: Poka Yoke

»Bei Poka Yoke geht es nicht darum, die Mitarbeiter zu verblöden. Es ist viel mehr ein Konzept, das vermeidbare kritische Fehler verhindern soll. Es geht darum, menschliche Fehler, die immer mal wieder passieren, durch intelligente Konstruktionen zu verhindern. Tatsächlich gab es im Qualitätsmanagement den Trend, durch Bevormundung sowie lückenlose Dokumentation den Mitarbeiter zu entmündigen.«

Dr. Christian Klüber, per E-Mail

Ausstieg aus der Atomenergie

metallzeitung 12/2009, Leben,

»AKW-Betriebsrat vermisst Verständnis«

»Ich kann Rainer Kruppa nur zustimmen. Kernenergie ist leider zum Spielball der Ideologen geworden – auch bei der Gewerkschaft. Die Entsorgung des Atomülls ist kein unlösbares Problem, sondern eines, das wir lösen müssen. Durch den Verzicht auf Wiederaufbereitung vervielfacht sich das Volumen des Abfalls. Um das Endlagerproblem zu beheben, muss die Kernenergie richtig zu Ende genutzt werden. Dazu gehören auch Kraftwerke zukünftiger Generationen, die

den Brennstoff weiter ausnutzen können. Für mich ein bedeutender Schritt auf dem Weg zu einer Lösung.«

Uwe Bröhm, per E-Mail

»Dass die IG Metall sich für den Ausstieg aus der Atomenergie einsetzt, unterstütze ich voll und ganz. Die IG Metall soll den Mitarbeitern in veralteten Industriezweigen – wie der Atomenergie in Deutschland – ganz klar sagen, dass das Eintreten für ihre Arbeitnehmerrechte, die natürlich auch in diesen Bereichen notwendig sind, nicht mit einer politischen Unterstützung für gesellschaftlich nicht gewünschte und zukunftsunfähige Techniken verwechselt werden darf. Wer rechtzeitig den Blick nach vorne wendet, findet Arbeit in Branchen, die auch in der Krise Fachkräfte suchen und ein großes Wachstum vor sich haben.«

Stefan Richter, per E-Mail

»Ich bin nach wie vor für den Ausstieg aus der Atomenergie. Das Totschlagargument »Arbeitsplätze« lässt sich genauso auf die erneuerbaren Energiearten anwenden, denn die haben Zukunft und bringen auf Dauer mehr Arbeitsplätze, wenn Deutschland sich nicht den Vorsprung in Know-how und Fertigung nehmen lässt.«

Jürgen Rysi, per E-Mail

Impressum

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzels, Bertin Eichler

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Leser-Telefon:
0800-446 38 25

Montag bis Freitag:
9:00 Uhr bis 16:00 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069-66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund
(verantw. i.S.d.P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe

Redaktion: Volker Beck, Dirk Erb,
Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg,
Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat: Beate Albrecht,
Marion Brunsfeld

www.igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb: Reinhold Weißmann,
Telefon: 069-66 93-22 24,
Fax: 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de
Anzeigen: Petra Wedel,
Telefon: 06151-81 27-0
Fax: 06151-89 30 98,
E-Mail: info@zweiplus.de

metallzeitung erscheint monatlich (zwölfmal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Bayern und Baden-Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. Bestellung an: metallzeitung@igmetall.de



Einmischer!

Qualifizierung für Betriebsräte

www.dgb-bildungswerk.de

Hartz IV bekämpfen

metallzeitung 12/2009,

Vor Ort: »Die stillen Verlierer«

»Nicht die Symptome nennen sondern die Krankheit – Hartz IV bekämpfen! Nach wie vor werden die Leistungsbezieher des ALG II von den ARGEN schikaniert. Das Schlimmste sind die geringen Regelsätze. Anstatt die Ein-Euro-Jobs aufs Schärfste zu verurteilen, werden sie sogar indirekt als »Alternative« zur Ausbesserung des Einkommens für Hartz IV bezeichnet. Wir brauchen eine bedingungslose, menschenwürdige Grundsicherung.«

Ulrich Achenbach, Bochum

Fehlende Seiten

metallzeitung 12/2009,

Titel: »Jetzt gegensteuern«

»Dieser Koalitionsvertrag kommt mir vor, wie der Fehldruck eines Romans. Immer wenn es spannend wird, fehlt eine Seite. Die Titelgeschichte bringt die Fakten auf den Punkt. Ich habe den Eindruck, dass die aktuelle Politik ein müder Wiederaufguss der späten Kohl-Jahre ist. In der Politik bedeutet »Reform« nur noch, dem Bürger in die Tasche greifen. Gerhard Schröder hat einmal gesagt: »Es gibt keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik mehr, sondern nur noch moderne oder unmoderne.« Damit wurde die Definition einer eigenständigen sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik aufgegeben.«

Reinhard Wawziniak, Dortmund

Internationale Solidarität

metallzeitung 12/2009,

Blick auf die Welt,

»Unterdrückt und bedroht«

»Internationale Solidarität sollte für uns selbstverständlich sein. Ein monatlicher Betrag für einen philippinischen Toyota-Arbeiter bedeutet finanzielle und moralische Unterstützung. Auch mit kleinen Beträgen kann sich so jeder einzelne einbringen (www.dp-freunde.de).«

Jutta Nimmann, Heilbronn



FRAGE UND ANTWORT

Meines Wissens dürfen Firmen das private E-Mailen und Surfen im Internet auch in geringem Umfang nicht erlauben, da sonst Steuern fällig werden. Stimmt das?

Helmut Luz, per E-Mail

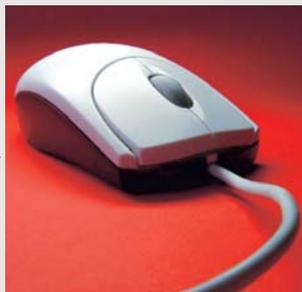


Foto: Tan Kian Khoo / fotolia.com

Privates Mailen und Surfen im Büro – wann ist das erlaubt?

Die private Nutzung des Computers, des Telefons und des Handys durch den Arbeitnehmer ist – unabhängig vom Verhältnis von beruflicher und privater Nutzung – steuerfrei. Dabei spielt es keine Rolle, ob am Schreibtisch im Büro, im Auto oder gar zu Hause auf dem Sofa mit dem Diensthandy telefoniert wird. Dies steht im Einkommenssteuergesetz, Paragraf 3, Nummer 45.

Ob die dienstliche E-Mail-Adresse und das Handy privat genutzt werden dürfen, sollte unbedingt in einer Betriebsvereinbarung geregelt werden. Darin steht dann beispielsweise auch, wer die E-Mails im Krankheitsfall lesen darf.

Und was, wenn es keine Betriebsvereinbarung gibt, die private Nutzung allerdings bislang stillschweigend geduldet wurde? Dann entsteht ein Gewohnheitsrecht – eine sogenannte »betriebliche Übung«. ■

Gemeinsam für ein Gutes Leben

2010 NICHT LOCKER LASSEN

Ein schwieriges Jahr steht bevor. Auch 2010 heißt die herausragende Aufgabe für alle gesellschaftlichen Kräfte: Beschäftigung sichern!

2009 haben wir der Krise getrotzt. Im Organisationsbereich der IG Metall haben wir Massenentlassungen und den massenhaften Zusammenbruch von Betrieben verhindert. Die IG Metall hat Maßnahmen wie die Umweltprämie und die Ausweitung von Kurzarbeit durchgesetzt. Damit sind hunderttausende Arbeitsplätze gesichert worden. Doch die Gefahr ist noch nicht vorüber. Arbeitgeber und die Politik müssen weiter alles daran setzen, Beschäftigung zu sichern. Die Verlängerung der Kurzarbeit ist ein erster Schritt, greift aber zu kurz, wie unser Artikel »Zu halbherzig« auf Seite 5 belegt. Außerdem müssen weitere Maßnahmen folgen. Nur dann kann der Kampf um jeden Arbeitsplatz erfolgreich sein.

Zukunft für junge Leute. Die jungen Menschen hat die Wirtschaftskrise am härtesten erwischt. Unsere Kinder oder Enkel leiden am stärksten unter den Folgen des renditegetriebenen Finanzmarktkapitalismus. Die IG Metall wird alles daran setzen, dass jetzt nicht die Zukunftsperspektiven einer ganzen Generation zerstört werden! Die problematische Lage, aber auch positive Gegenbeispiele dank IG Metall beleuchtet unser Leitartikel »Warm anziehen« auf den Seiten 18 bis 21.

Trotz schwieriger Zeiten: Ich wünsche allen Mitgliedern und ihren Familien ein gutes neues Jahr 2010. ■



Foto: Berthold Huber/lat

Berthold Huber mit jungen Metallerinnen und Metallern

Berthold Huber

BILD DES MONATS

Klima ohne Wetterschutz

Eine mittlerweile ganz alltägliche Wettermeldung: Anfang Dezember regnete es in der brasilianischen Hauptstadt Sao Paulo so stark, dass zwei Flüsse über die Ufer traten. Sie spülten einem Melonenhändler und vielen anderen Obstverkäufern ihre Lebensgrundlage weg. Das Hochwasser sorgte außerdem für zahlreiche Erdbeben, die sechs Menschen unter sich begruben.

Zu schnell zu warm. Eine Kette von Schicksalen, dafür sorgt der Klimawandel. Ob in Brasilien, China, Polen oder im Schwarzwald: Klimaschwankungen sind in der Erdgeschichte zwar nicht neu. Aber frühere Klimaänderungen gingen so langsam vor sich, dass Tiere und Pflanzen genug Zeit hatten, sich an die neuen Bedingungen anzupassen. Heute sind nicht nur Menschen und Eisbären mit einer sehr schnellen Erwärmung konfrontiert.

UN-Klimaforscher halten einen Temperaturanstieg weltweit um bis zu 6,4 Grad Celsius bis zum Jahr 2100 für möglich. Die verheerende Folgen sind jetzt schon spürbar.

Auf dem Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember versuchten viele Menschen, die Umweltzerstörung aufzuhalten. Politiker, Umweltaktivisten, Gewerkschafter (siehe hierzu auch Seite 14) und Wirtschaftsbosse. Was die Versprechen und die Unterschriften dem Umweltschutz wirklich bringen, wird sich erst noch zeigen. Für den Melonenhändler in Sao Paulo kommen die guten Vorsätze auf jeden Fall zu spät. ■



Foto: Paulo Whitaker / Reuters

Zu halbherzig

KURZARBEIT Die Regierung muss bei der Kurzarbeit nachbessern, fordert die IG Metall. Denn wie es jetzt aussieht, gibt es 2011 weniger Geld von der Arbeitsagentur.

Kurzarbeit bleibt auch im neuen Jahr wichtig, um die Wirtschaft ohne Entlassungen aus der Krise zu manövrieren. Betriebe, die dieses Jahr erstmals Kurzarbeit einführen, können das aber höchstens noch für 18 Monate tun. Bisher war das 24 Monate möglich. Die IG Metall fordert, dass die längere Zeit beibehalten wird, weil nicht damit zu rechnen ist, dass die Krise in eineinhalb Jahren schon ausgestanden ist.

Weiterhin Geld. Auch dieses Jahr gilt: Für die Zeit, in der Kurzarbeiter nicht arbeiten, zahlt die Arbeitsagentur Kurzarbeitergeld: den Singles 60 Prozent des ausgefallenen Nettoentgelts, Arbeitnehmern mit Kindern 67 Prozent.

Die Regierung hat entschieden, dass die Arbeitsagenturen den Arbeitgebern dieses Jahr auch weiterhin einen Teil der Sozialversicherungsbeiträge erstatten: in den ersten sechs Monaten die Hälfte, vom siebten Monat alles, und wenn Kurzarbeiter sich weiterbilden, von Anfang an alles. Ob die Agenturen aber auch 2011 Sozialbeiträge übernehmen, ist offen. Darüber will die Koalition erst später entscheiden. Das kritisiert die IG Metall. Sie fordert, dass sie das schnell – positiv – entscheidet, damit die Firmen planen können. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Mehr zur Kurzarbeit:

► www.igmetall.de

→ Mitglieder

→ Kurzarbeit

PFLAUME DES MONATS

Zertifikate ins Altpapier

Mal ehrlich, wer traut eigentlich noch einer Bank? Bei den meisten Menschen wandert die Hand doch schützend zur Geldbörse, wenn sie nur in die Nähe eines solchen Instituts kommen. Selbst vor harmlosen Geldautomaten sollen schon echte Kerle erschrocken zusammengezuckt sein. Und nur, wer all seinen Mut zusammennimmt, schafft es vielleicht, einen Fuß über die Schwelle einer Bank zu setzen. Die Tester der Stiftung Warentest ließen sich – ganz mutig – in 21 Banken gleich 147 Mal beraten. Kaum hatten die Banker sie in den Händen, winkten sie schon mit Aktien und Zertifikaten. Krise? Lehman-Brothers? War da was? Man kann es den armen Bankern nicht verübeln. Wo sollen sie hin mit ihren Papieren? Die Verzweiflung ist groß. Kürzlich wurden erste Banker mit Papierbündeln unterm Arm beim Altpapierhändler gesichtet. ■



Foto: Marina Lohrbach / Fotolia.com

ZAHLEN UND FAKTEN

5

Leiser schalten

In Betrieben wird es leiser: Die neue Lärm- und Vibrationsschutzverordnung hat die zulässigen Grenzwerte für Lärm am Arbeitsplatz um fünf Dezibel gesenkt. Fünf klingt nicht viel. Doch Lärm funktioniert nicht nach herkömmlichen mathematischen Gesetzen. Bereits drei Dezibel mehr verdoppeln die Belastung für die Ohren, auch wenn man sie kaum hört. ■

47,3 %

Millionäre bevorzugt

Spitzenverdiener verdienen knapp 640 000 Euro im Jahr. Spitzenverdienst ist aber nicht Spitzensteuersatz: Wer reich ist, kann auch viel absetzen. Deshalb zahlen die Reichsten im Durchschnitt lediglich 36 Prozent Steuern und Dank der Beitragsbemessungsgrenze von 3675 Euro im Monat wenig Sozialabgaben. Alleinstehende Geringverdiener kosten Sozialabgaben und Steuern 47,3 Prozent vom Lohn. ■

513

Tarif zahlt sich aus

Kfz-Mechaniker verdienen in tarifgebundenen Betrieben mehr Geld. Ihr Monatseinkommen liegt mit durchschnittlich 2 586 Euro rund 513 Euro über dem Gehalt von Kollegen in nicht tarifgebundenen Betrieben. Das hat eine Online-Umfrage unter 920 Kfz-Mechanikern ergeben. ■

Hände weg

ANGRIFF AUF DEN ARBEITSSCHUTZ

Der Auftrag hieß Entbürokratisierung. Heraus kam ein Angriff auf den Arbeitsschutz. Eine Expertengruppe unter der Leitung des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber hat Vorschläge zum Bürokratieabbau in Europa vorgelegt. Beraten wurde sie dabei von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Bei einer von ihnen leitet Stoiber nun den Beirat.

Die Meldung auf der Internetseite eines großen Nachrichtenmagazins war recht kurz: Edmund Stoiber, zurzeit Leiter einer Expertengruppe, die in Brüssel mit der Bürokratie aufräumen will, übernimmt einen weiteren Job. Stoiber, so hieß es, engagiere sich bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte als Leiter eines neu geschaffenen Beirats. Unerwähnt blieb, dass Stoiber und Deloitte sich schon länger kennen.

Deloitte gehörte nach Gewerkschaftsinformationen jenem Konsortium an, das die Stoiber-Expertengruppe beim Bürokratieabbau beriet. Rund 17 Millionen Euro hat die EU-Kommission über Stoiber an die externe Berater-

gruppe gezahlt. Viel Geld für Empfehlungen, von denen einige aus Sicht des Europäischen Gewerkschaftsbundes an der völlig falschen Stelle ansetzen, beim Arbeitsschutz.

Gefährliche Vorschläge. Die Stoiber-Expertengruppe sollte der Kommission Vorschläge machen, um den Unternehmen in Europa bürokratische Hürden aus dem Weg zu räumen. Das Ziel heißt:

25 Prozent weniger Bürokratie bis zum Jahr 2012. Schnell hatten die Gruppe und ihre Berater einen Bösewicht gefunden. Der heißt »Informationspflicht«.

Dieser Hürde hat nun die Stoiber-Truppe den Kampf angesagt und schlägt unter anderem vor, kleine Unternehmen von der Pflicht zu befreien, die Gefährdungsbeurteilung schriftlich zu dokumentieren. Thomas Veit,

vom Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz beim IG Metall-Vorstand, kann davor nur warnen: »Dann gibt es praktisch keine Gefährdungsbeurteilung mehr.«

Denn wo nichts niedergeschrieben wurde, kann später auch niemand prüfen, wie es der Arbeitgeber mit dem Arbeitsschutz hielt. Nicht nur staatliche Aufsichtsbehörden und Berufsgenossenschaften fehlen in diesem Fall wichtige



Foto: istockphoto.com

Brüssels Entbürokratisierer greifen nach dem Arbeitsschutz.



HINTERGRUND

Arbeitgeber müssen Gefahren am Arbeitsplatz abstellen

Arbeitgeber sind verpflichtet, Gefahrenquellen in ihrem Betrieb zu ermitteln und abzustellen. Eine solche Gefährdungsbeurteilung schreibt das Arbeitsschutzgesetz vor. Danach müssen Arbeitgeber nicht nur feststellen, welche Gefahren von der Arbeit für die Beschäftigten ausgehen, sondern auch

wie sie beseitigt werden können. Dabei geht es sowohl um körperliche als auch um psychische Belastungen. Relativ einfach lassen sich körperliche Belastungen wie Lärm, falsches Heben oder einseitige Arbeitshaltungen messen. Schwieriger wird es bei psychischen Belastungen wie Termindruck,

Konflikten oder einer unzureichenden Qualifikation. Hierzu werden die Beschäftigten meist mündlich oder schriftlich befragt.

Der Ermessensspielraum ist dabei oft groß. Daher hat der Betriebsrat bei der Gefährdungsbeurteilung ein Wörtchen mitzureden.

Ansatzpunkte. »Was soll der Betriebsrat machen, wenn der Arbeitgeber sagt: ›Als ich den Lärmpegel an diesem Arbeitsplatz gemessen habe, war er in Ordnung.«?, fragt Veit. Ohne etwas Schriftliches, wird er dem Chef nur schwer das Gegenteil beweisen können.

Arbeitsschutz ade? Dabei kommt schon bereits jetzt höchstens die Hälfte der Unternehmen ihrer Pflicht nach, eine Gefährdungsbeurteilung zu machen. »Diese Nachlässigkeit soll nun legitimiert werden, anstatt mehr Unternehmen dazu zu bewegen, die Gesundheit ihrer Mitarbeiter zu schützen«, sagt Thomas Veit.

Gerade für kleine Unternehmen hält er den Vorschlag für fatal. Denn hier stehe es um den Arbeitsschutz oft sehr schlecht. Doch das ist nicht der einzige Angriff auf den Arbeitsschutz, den die Stoiber-Gruppe vorschlägt. Geht es nach den Entbürokratisierungen, so soll die europäische Rahmenrichtlinie zum Arbeitsschutz aufgeweicht werden. Mehr Ausnahmen, mehr Öffnungsklauseln für die Mitgliedsstaaten, fordert das Team um Stoiber. Der Startschuss für einen Unterbietungswettbewerb, fürchtet Thomas Veit. »Die Rahmenrichtlinie war für Länder mit hohen Standards beim Arbeitsschutz ohnehin schon teilweise ein Rückschritt. Wenn einzelne Ländern jetzt auch noch von diesen Minimal-Anforderungen abweichen können, gibt es nach unten kein Halten mehr.«

Für Edmund Stoiber ist es übrigens nicht das erste Mal, dass er der Bürokratie den Kampf ansagt. Schon als bayerischer Ministerpräsident hatte er sich den Abbau von zuviel Bürokratie vorgenommen. Damals, 2003, legte laut Süddeutscher Zeitung eine Kommission einen 250-seitigen Bericht dazu vor. Allzu viel wurde davon aber nicht umgesetzt. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

RECHT VOR ORT

Das Maß war voll: Gericht stoppt Diffamierung des Betriebsrats

Mitarbeiter oder Betriebsratsmitglieder anzuschreien, gehört sich nicht. Das weiß eigentlich jeder. In Gießen musste der Chef eines Kfz-Betriebes erst per Gericht zu dieser Einsicht gezwungen werden.

Was der Eigentümer des Autohauses Krahn sich gegenüber seinem Betriebsrat leistete, ging auf keine Kuhhaut. Beleidigungen, Diffamierungen, Mobbing auch gegenüber Mitarbeitern über mehrere Jahre waren an der Tagesordnung. So drohte der Chef dem Betriebsrat mit Schadensersatz, wenn er seiner Aufgabe nicht nachkomme. Mitglieder des Betriebsrats brüllte er vor versammelter Mannschaft an.

Dem Betriebsratsvorsitzenden warf der Firmenchef vor, er würde die Geschäftsführer durch Besprechungen über Eingruppierungen von der Arbeit abhalten. Dessen Stellvertreter versuchte er rauszuekeln, indem er ihm Unfähigkeit vorwarf und ihn aufforderte, sich nach einem anderen Arbeitsplatz umzusehen. Um das alles noch zu toppen, forderte der Chef den Betriebsrat sogar auf,

»sich aufzulösen«. Irgendwann war das Maß voll. Der Betriebsrat suchte Unterstützung bei der IG Metall. Die zuständige Verwaltungsstelle Mittelhessen zog gegen das Autohaus vor Gericht. Der Rechtsstreit endete mit einem Vergleich, in dem der Chef sich verpflichtete, solche Angriffe und Entgleisungen künftig zu unterlassen.

Signalwirkung. Laut Vergleich darf der Arbeitgeber die Betriebsratsarbeit weder behindern noch stören. Denn funktionierende Betriebsräte sind ein wesentlicher Bestandteil des Arbeitslebens. Für den IG Metall-Sekretär Ferdinand Hareter hat das Verfahren eine »Signalwirkung« über den Handwerksbereich hinaus.

Wer die Würde von Mitarbeitern so mit Füßen trete und keinen Respekt vor gewählten Betriebsverfassungsorganen zeige, dem müssten Grenzen aufgezeigt werden. Und ohne diesen engagierten Betriebsrat wären die Mitarbeiter des Autohauses all die Jahre gänzlich schutzlos gewesen. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Gewerkschafter wieder frei

Im Mai 2009 verhaftete die türkische Polizei 36 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der KESK, die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes. Von den Verhafteten blieben 22 bis zum Prozess im November in Haft. Die Anklage lautete: »Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation.« Die Staatsanwaltschaft forderte zwischen 7,5 und 15 Jahren Haft. Am 21. Novem-

ber wurden alle Angeklagten wegen unzureichender Beweismittel freigesprochen. Der Prozess stand unter internationaler Beobachtung, auch die IG Metall war vor Ort. »Ich möchte mich bei der internationalen Delegation bedanken, eure Präsenz hat uns sehr geholfen. Ohne euch wäre der Prozess anders verlaufen«, lautete das Fazit von Sami Evren, Präsident der KESK. ■

IN KÜRZE

Insolvenz abgewehrt

Die Kittner-Gruppe stand kurz vor der Insolvenz, 1250 Arbeitsplätze an 30 Standorten in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern waren bedroht. Metalller machten Druck und verhinderten damit die Insolvenz. Die Mitarbeiter leisten monatlich 2,5 Stunden unbezahlte Mehrarbeit und verzichten auf große Teile der Sonderzahlungen. Dafür erhalten sie ab 1. Januar 4,4 Prozent mehr Lohn. ■



Foto: Christian v. Polentz / transifoto.de

Siemens-Mitarbeiter wehren sich.

Unruhe bei Siemens

Eine sogenannte Portfoliobereinigung und Pläne zum Stellenabbau beunruhigen die Mitarbeiter von Siemens. Mehrere Bereiche stehen auf dem Prüfstand. Große Sorge macht der Bereich SIS mit 9000 Beschäftigten. Der Gesamtbetriebsrat befürchtet den Abbau von weiteren 10000 Jobs in Deutschland. ■

CGZP nicht tariffähig

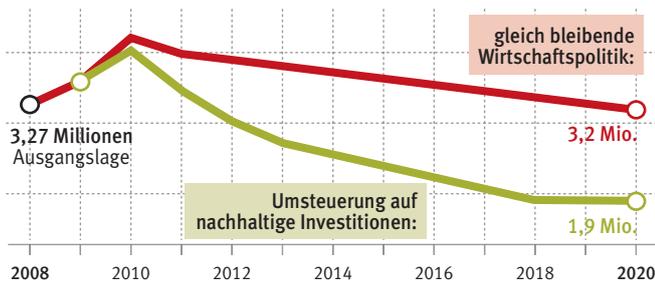
Vernünftiges Urteil: Die »Christlichen Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen« dürfen keine Tarifverträge abschließen. Wenn dies bereits geschehen ist, haben Leiharbeiter eventuell ein Recht auf Nachzahlungen. Die Leiharbeit-Hotline der IG Metall informiert, ein Anruf kostet lediglich sechs Cent. ■

☎ **Telefon: 0 18 02-2 22 06**

DIE ARBEITSWELT IN ZAHLEN

Grüne Jobs als Jobmotor

Entwicklung der Arbeitslosenzahl (Prognose*) ...

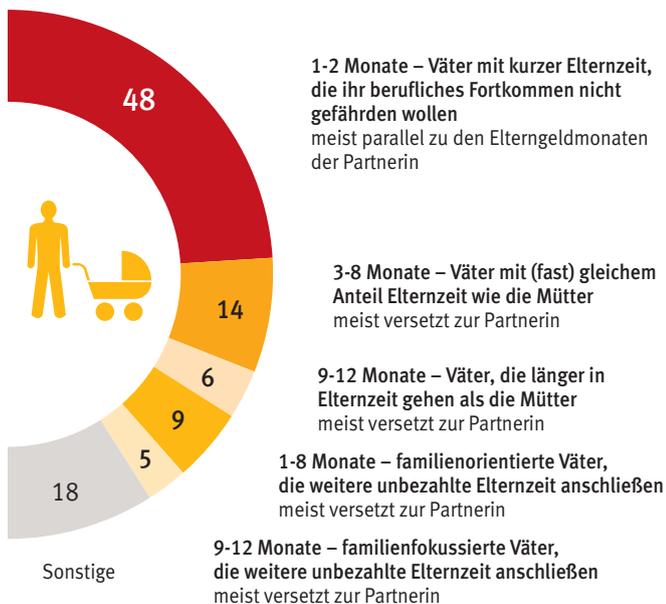


Nur Investitionen in grüne Technologien können die Arbeitslosigkeit senken und für ein starkes Wirtschaftswachstum sorgen.

*Berechnung auf Basis der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute Oktober 2009
Quelle: European Climate Forum 2009 / Grafik Hans Böckler-Stiftung 2009

Immer mehr Väter in Elternzeit

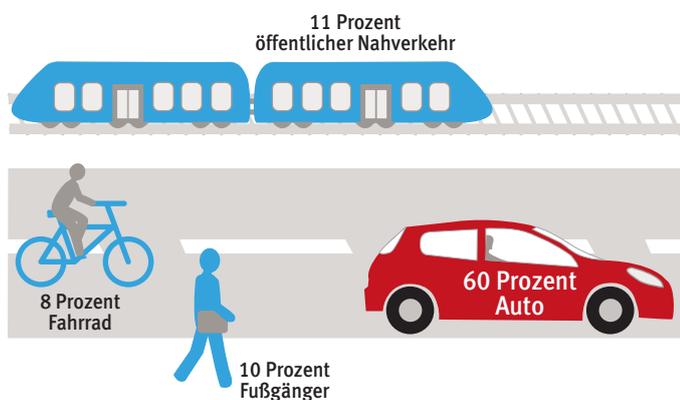
So viel Prozent der Väter nehmen Elterngeld in Anspruch für ... (mehr zum Thema siehe auch Seite 13)



Befragung von 624 erwerbstätigen Vätern im Jahr 2008
Quelle: SowiTra 2009 / Grafik Hans-Böckler-Stiftung 2009

Pendler und ihr Weg zur Arbeit

Die Mehrheit nimmt das Auto, trotz steigender Spritpreise



Quelle: destatis – Zahlenbasis 2008

Ein dichteres Netz für sichere Arbeit

INTERVIEW

Das wichtigste Thema der IG Metall im neuen Jahr heißt immer noch: Arbeitsplätze sichern. Wie, das erklärt IG Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitzer.

Die Metall-Tarifrunde steht erst im Frühjahr an. Aber es gibt schon in allen Tarifgebieten Gespräche mit den Arbeitgebern. Warum?

Helga Schwitzer: Viele Kollegen in den Betrieben bestätigen uns, was auch Wirtschaftsexperten sagen: Die Krise ist längst nicht vorbei, 2010 wird ein schwieriges Jahr, vor allem in der Maschinenbau- und der Auto- und Zulieferindustrie. Darum reden wir jetzt schon mit den Arbeitgebern darüber, wie die Beschäftigung gesichert werden kann.

Bisher ist das mit Kurzarbeit ganz gut gelungen.

Schwitzer: Das stimmt. Allein in der Metall- und Elektroindustrie wurden dadurch rund 300 000 Arbeitsplätze gesichert. Und Kurzarbeit bleibt auch das wichtigste Mittel. Es stößt aber hier und da an Grenzen. Aus unterschiedlichen Gründen. Bei einer Reihe von Unternehmen ist zum Beispiel die Höchstdauer der Kurzarbeit von bisher 24 Monaten bald erreicht. Wir brauchen darum weitere Instrumente. Eines sind die Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung, die es ermöglichen, die Arbeitszeit zeitlich befristet zu senken.

Diese Tarifverträge gibt es ja schon seit 1995.

Schwitzer: Aber bisher kann die Arbeitszeit höchstens um fünf oder sechs Stunden in der Woche

gesenkt werden. Wir diskutieren jetzt darüber, dass sie um weitere Stunden verkürzt werden kann. Das geht aber nur, wenn den Kolleginnen und Kollegen, die weniger arbeiten, ein Teil des entgangenen Entgelts ausgeglichen wird. Es wäre ihnen nicht zuzumuten, bis zu 29 Prozent des Lohns zu verlieren.

Sind die Arbeitgeber denn bereit, das zu regeln?

Schwitzer: Sie müssen den Teillohnausgleich bezahlen. Noch scheinen sie dazu nicht bereit. Von der Politik erwarten wir, dass auf das Teilentgelt wenigstens keine Steuern und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden müssen. Mit diesem Vorschlag könnten wir gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband an die Politik herantreten. Aber es ist ein schwieriges Thema. Man muss jedoch bedenken: Arbeitslose zahlen gar keine Steuern.

In den regionalen Gesprächen ging es auch um die Perspektiven der Jugend.

Schwitzer: Diesen Monat machen viele Auszubildende ihre Abschlussprüfungen. Eine Reihe von Arbeitgebern sagt, dass sie nicht alle übernehmen wollen, weil ihre Betriebe Beschäftigungsprobleme haben. Darum haben wir dieses Thema eingebracht. In den regionalen Gesprächen haben wir dazu verschiedene Modelle auf den



Fotos: Frank Rumpenhorst

Helga Schwitzer, 59 Jahre, ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Sie ist im Vorstand unter anderem für die Tarifpolitik zuständig.

Tisch gelegt. Zum Beispiel: die Übernahmepflicht härter zu machen oder sie von zwölf auf 24 Monate zu verlängern. In zwei Jahren sieht die konjunkturelle Lage – hoffentlich – wieder besser aus. Dann werden viele Arbeitgeber wieder über Fachkräftemangel klagen. Wir müssen jetzt alles tun, damit Jugendliche gar nicht erst in die Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit entlassen werden.

Aber wenn Arbeitgeber darauf verweisen können, dass sie keine Arbeit für die Ausgelernten haben ...

Schwitzer: ... gibt es trotzdem bessere Lösungen als die, sie in die Arbeitslosigkeit zu schicken. In den IG Metall-Bezirken sind interessante Modelle entwickelt worden. Zum Beispiel: Ausgelernte werden ein Jahr übernommen. Danach absolvieren sie eine zweijährige Ausbildung zum Meister oder eine Weiterbildung zum Techniker. Und anschließend können sie in ihren Betrieb zurückkehren.

Wie cool finden die Arbeitgeber denn solche Ideen?

Schwitzer: Sie finden es immer uncool, wenn wir sie verpflichten wollen, Auszubildende zu übernehmen. Aber sie haben sich darauf eingelassen, unsere Themen mit uns zu diskutieren. Eines der Themen ist übrigens die Altersteilzeit. Wir wollen sie noch stärker als Beschäftigungsbrücke nutzen, damit Junge eine Chance auf eine Ausbildung und feste Stelle erhalten. Wichtig wäre,

dass der Staat sie weiter fördert. Die bisherige Förderung ist ja Ende 2009 ausgelaufen.

In den Bezirken wird auch über Leiharbeit mit den Arbeitgebern geredet. Warum?

Schwitzer: Wir hoffen, dass die Konjunktur wieder anspringt und dann mehr Arbeitskräfte gebraucht werden. Aber wir haben die große Sorge, dass die Unternehmen dann keine festen Stellen schaffen, sondern vor allem Leiharbeiter einstellen. Darum müssen wir jetzt Vorsorge dafür treffen, dass Leiharbeit die Ausnahme bleibt: und zwar durch klare Regelungen und mehr Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte. Bisher wollen die Arbeitgeber allerdings gerade darüber nicht mit sich reden lassen.

Wie geht es jetzt weiter?

Schwitzer: Diesen Monat gibt es weitere Gespräche. Danach werden wir beraten, was dabei herausgekommen ist. Das muss schon etwas Handfestes sein, das Arbeitsplätze tatsächlich sicherer macht.

Heißt Vorrang für Beschäftigungssicherung Zurückhaltung bei der Lohnforderung in der nächsten Tarifrunde?

Schwitzer: Nein. Gerade in der Krise ist die Kaufkraft wichtig, um die Nachfrage zu beleben. Aber auch Beschäftigungssicherung sichert Kaufkraft. Das – und eine angemessene Entgelterhöhung. Wir brauchen beides. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

HINTERGRUND

Ohne Handeln drohen Entlassungen

Seit Beginn der Krise 2008 gingen weltweit rund 20 Millionen Arbeitsplätze verloren, berichtet die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Davon 6,1 Millionen allein in Europa. Obwohl der Einbruch in Deutschland stärker war als in anderen europäischen Ländern, stieg die Arbeitslosigkeit hier am geringsten. Weil mit Kurzarbeit, Konjunkturprogrammen und anderen Maßnahmen gegengesteuert wurde.

Wirtschaftsexperten fürchten jedoch, dass es dieses Jahr auch in Deutschland zu mehr Entlassungen kommt. Besonders für die Jungen würden sich dann die Perspektiven verschlechtern.

IN KÜRZE

Fünf Jahre Hartz IV

Wer Hartz IV bezieht, schafft nur selten den Sprung in den regulären Arbeitsmarkt. Rund drei Viertel der Betroffenen beziehen die Leistung seit mindestens zwölf Monaten. Das Viertel, das weniger als zwölf Monate Hartz IV bezieht, kehrt allerdings nur zur Hälfte in den Arbeitsmarkt zurück. Von ihnen verdiente wiederum jeder Zweite weniger als 7,50 Euro pro Stunde. ■



Foto: Q-Cells

Die Solarbranche ist wachstumsstark, aber oft ohne Betriebsrat.

Besser mit Betriebsrat

Die Beschäftigten des Thalheimer Solarzellenproduzenten Solibro freuen sich: Dank Betriebsrat läuft bei ihnen jetzt vieles besser. Erstaunlich: In der Solarbranche gibt es besonders viel Widerstand gegen die IG Metall. Wer sich nicht einschüchtern lassen will, sollte mit seiner IG Metall vor Ort Kontakt aufnehmen. ■

► www.igmetall.de

Rechte, Linke, Islamisten

Schwarz-Gelb will laut Koalitionsvertrag die Förderung von Anti-Extremismus-Projekten umverteilen. Neben Rechten sollen nun auch Linke und Islamisten aus dem selben Topf bekämpft werden. Vertreter der Anti-Nazi-Programme kritisieren das als Verharmlosung des Rechtsextremismus und sehen ihre Zukunft infrage gestellt. ■



Viel geschafft – viel zu tun

BETRIEBSRATS- ARBEIT BEI SAP

Nach Jahren satten Wachstums herrscht beim Softwarekonzern SAP jetzt Sparzwang. Gut, dass es inzwischen einen Betriebsrat gibt. Dort haben Metaller schon viel für die Beschäftigten erreicht.

Von Martina Helmerich

Das Hauptquartier des Softwarekonzerns SAP ist ein Labyrinth aus Fluren, Treppen, Überhängen und Aufzügen. Wer Eberhard Schick durch dieses Gewirr folgt, hat das Gefühl, er bräuchte mehrere Monate, um sich zurecht zu finden. Schick dagegen orientiert sich intuitiv. Wenn er eine Pinnwand mit dem Flugblatt der IG Metall-Betriebsgruppe »Pro Mitbestimmung« entdeckt, freut er sich. »Hier sitzt wieder einer von denen, die uns gut finden.«

Derzeit arbeitet Schick intensiv daran, das Netz von Unterstützern noch enger zu knüpfen. Mit seinen Gewerkschaftskollegen trifft er sich zu einer Besprechung auf Kaffeelänge in der Kantine. Kantine deshalb, weil die IG Metall-Gruppe von der Geschäftsleitung keinen eigenen Sitzungsraum bekommt und deshalb improvisieren muss. Schick informiert die übrigen vier Teilnehmer, was diese Woche ansteht. »Pro Mitbestimmung« will an drei Tagen

Sie stehen für einen aktiven Betriebsrat

Mit drei Metallern fing vor vier Jahren alles an – heute engagieren sich bei SAP viele. Das neue Flugblatt von »Pro Mitbestimmung« zur Betriebsratswahl 2010 belegt, dass sich für sein Engagement für einen aktiven Betriebsrat bei SAP niemand zu verstecken braucht. Etwa 50 Frauen und Männer werden auf der Liste der DGB-Betriebsgruppe für die Wahl Ende April kandidieren.





Fotos: Frank Rumpenhorst

Im Frühjahr 2006 wurde der Betriebsrat bei SAP gegen immense interne Widerstände von Seiten des Unternehmens gegründet. Seitdem ist die Gruppe um Eberhard Schick (Mitte), Ralf Kronig und Johannes Reich immer mehr gewachsen. Regelmäßig treffen sie sich im Unternehmen oder in der IG Metall-Verwaltungsstelle Heidelberg, um Inhalte, Konzepte und Strategien zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Immer mit dabei: Laptop, Betriebsverfassungsgesetz und Spaß an der Arbeit.

einen Infostand veranstalten, um ihr neues Wahlprogramm vorzustellen. In ein paar Monaten finden wieder Betriebsratswahlen bei SAP statt – zum zweiten Mal in der Geschichte des Unternehmens.

Im März 2006 hatten Schick und seine Kollegen Johannes Reich und Ralf Kronig die erste Wahl ins Rollen gebracht. Es gab Einschüchterungsversuche, Drohungen und gehässige E-Mails gegen die drei Metaller und ihre Idee, einen Betriebsrat zu gründen. Viele

Kollegen waren der Meinung, dass sich Probleme am Arbeitsplatz individuell regeln lassen. Manche fürchteten die Übernahme des Unternehmens durch die IG Metall. Einer der Unternehmensgründer drohte gar mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Irgendwann beruhigten sich die Gemüter und da sahen selbst die hartnäckigsten Kritiker, dass es ohne eine Interessenvertretung für die Beschäftigten nicht geht. Schon gar nicht in einem Unternehmen von der Größe SAPs mit über 12.000 Mitarbeitern.



Radikaler Sparkurs. Der Betriebsrat kam gerade zur rechten Zeit. Denn SAP geht es nicht mehr so gut wie in den Jahren des unbremsten Wachstums, als die Unternehmenssoftware R3 der Renner war. Die Nachfolgesoftware ERP und Produkte für den Mittelstand kommen beim Kunden nicht so an

wie erhofft. Inzwischen muss SAP sparen. Anfang 2009 verkündete das Unternehmen einen Personalabbau von weltweit 3000 Stellen. Alles fällt nun eine Nummer bescheidener aus, angefangen von den Gehaltszuwächsen bis zum Essenszuschuss. 2009 gab es zum ersten Mal in der Geschichte des Unternehmens eine Nullrunde. Selbst die Weihnachtsfeier fiel dem Sparkurs zum Opfer. Für das Jahr 2010 wurde eine Gehaltserhöhung von 5 Prozent weltweit angekündigt. »Pro Mitbestimmung« will jetzt wissen, wie viel wirklich bei den Leuten hier ankommt und sicherstellen, dass 2010 keiner mit einer Nullrunde heimgeht.

Die DGB-Betriebsgruppe von ursprünglich drei IG Metall-Mitgliedern im Betriebsrat hat inzwischen Zuwachs bekommen. Das Betriebsratsmitglied Wolfram Püchert und der Nachrücker Lorns-Olaf Stahlberg haben sich der Gruppe »Pro Mitbestimmung« angeschlossen und sind der IG Metall beigetreten. »Inhaltlich war schon lange klar, dass wir da hin tendieren«, erklärt Püchert. Die Übertritte, die die beiden im SAP-Intranet öffentlich machten, hatten Signalwirkung.

Auch sonst kann sich die Gruppe über mangelnden Zulauf nicht beklagen. »Wir sind die mit Abstand aktivste Gruppe im Betriebsrat, jeden Monat machen wir ein neues Flugblatt«, sagt Johannes Reich. Themen sind etwa Vertrauensarbeitszeit, Stress am Arbeitsplatz, Urlaubsregelung. Nach intensiver Werbung kommt die von der IG Metall unterstützte Kandidatenliste jetzt auf über 50 Namen. Eine von ihnen ist Astrid Hilgenberg, die Teilzeit in der Dokumentation arbeitet. Sie soll sich auf Englisch als Arbeitssprache umstellen. Das betrifft jetzt viele Kollegen. Auch Irmgard Brögger wird kandidieren. Die Metallerin war schon mal in ihrem früheren Job Betriebsrätin und möchte noch mal aktiv werden. Die Bilanz

von vier Jahren Betriebsratsarbeit kann sich sehen lassen: Dank der DGB-Betriebsgruppe »Pro Mitbestimmung« ist das SAP-Gehaltssystem transparenter geworden. SAP-Beschäftigte haben mehr Informationen etwa zu Zielgehalt und Leistungsbewertung.

Als die Gruppe das Gehaltssystem im Intranet veröffentlichte, gab es Riesenärger: Die Geschäftsleitung verklagte die Metaller, verlor jedoch den Prozess vor dem Arbeitsgericht. »Das war wohl der größte Erfolg, den wir bisher erzielt haben«, so Schick. »Der Rechtsbeistand durch die IG Metall war für uns sehr hilfreich.« Der Betriebsrat als Ganzes konnte mehrere Kündigungen verhindern. 2008 wurden auf Initiative des Betriebsrats die Eingruppierungen überprüft. Etwa 1000 Mitarbeiter rutschten dadurch in eine höhere Gehaltsstufe.

Mehr Mandate für Gewerkschafter. Jetzt laufen die Vorbereitungen für die Betriebsratswahl im April. »Pro Mitbestimmung« hat das Ziel, die Zahl der Mandate zu erhöhen. Ihr Wahlprogramm ist umfangreich und ambitioniert: Unter anderem fordern sie ein gerechteres Gehaltssystem, welches Frauen und Teilzeitbeschäftigte nicht mehr benachteiligt. Auch bei der zunehmenden Arbeitsverdichtung sehen die Metaller dringenden Handlungsbedarf. Auswertungen haben gezeigt, dass die Langzeiterkrankungen bei SAP seit 2003 um 100 Prozent gestiegen sind. SAP muss mehr für Gesundheit und Fitness seiner Beschäftigten tun. Unzureichend ist die Kinderbetreuung, für die SAP gerade mal ein Zehntel eines Vorstandsgehalts ausgibt. »Da gibt es noch viel anzupacken«, sagt Schick. ■

Die IG Metall-Betriebsratsarbeit bei SAP:

► www.sap.igm.de

Was der Wahlvorstand darf

RECHT SO | Zwischen dem 1. März und 31. Mai wählen Arbeitnehmer ihre Vertreter für die nächsten vier Jahre. Gerade in kleineren und mittleren Betrieben sperren sich Arbeitgeber mitunter gegen die Betriebsratswahlen. Obwohl sie eigentlich zur Unterstützung verpflichtet sind.

Betriebsräte dürfen in Betrieben mit mindestens fünf wahlberechtigten Arbeitnehmern gewählt werden. Das Betriebsverfassungsgesetz sieht die Wahl von Betriebsräten an sich zwingend vor, eine Strafe gibt es aber nicht. So bleibt es Sache der Beschäftigten oder einer im Betrieb vertretenen Gewerkschaft, ob gewählt wird.

Knast bei Blockade. Kein Mitspracherecht hat dagegen der Arbeitgeber. Er darf die BR-Wahl weder verhindern noch hat er Bedingungen zu stellen. Vielmehr macht er sich sogar strafbar, wenn er die Wahl des Betriebsrats behindert, jemandem Nachteile androht oder Vorteile verspricht. Dafür kann eine Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr verhängt werden.

Gibt es bereits einen Betriebsrat, wählt dieser den Wahlvorstand. Ansonsten genügen drei wahlberechtigte Arbeitnehmer eines Betriebs, um zur Betriebsversammlung einzuladen und den Wahlvorstand zu wählen. Aber auch eine im Betrieb vertretende Gewerkschaft darf einladen.



Carsten Schuld ist Jurist beim DGB-Rechtsschutz.

Der Wahlvorstand erstellt eine Wählerliste und macht das sogenannte Wahlausschreiben im Betrieb bekannt. Darin ist festgelegt, wann gewählt wird und bis zu welchem Zeitpunkt Vorschläge für die Kandidaten einzureichen sind. Der Arbeitgeber muss dafür alle Infos, insbesondere auch eine Liste aller Beschäftigten, zur Verfügung stellen. Er darf auch keine Namen zurückhalten und behaupten, bestimmte Personen hätten gar kein Wahlrecht. Auch hat der Chef weder eigene Vorschläge zu machen, noch darf er eingereichte verhindern. Dagegen sind die Kosten einer BR-Wahl vom Arbeitgeber zu zahlen. Das gilt grundsätzlich für das komplette Verfahren, beispielsweise für Material und die Gebühren für die Schulung der Wahlvorstände.

Schutz vor Rauswurf. Wahlvorstandsmitglieder müssen sich auch keine Sorgen machen, wenn sie Zoff mit dem Chef haben. Ein besonderer Kündigungsschutz verbietet eine ordentliche Kündigung, und zwar sowohl während als auch ein halbes Jahr nach der Amtszeit.

Außerordentlich ist eine Kündigung nur dann möglich, wenn der bestehende Betriebsrat zustimmt oder das Arbeitsgericht zustimmt.

Innerhalb der Arbeitszeit. Da der Wahlvorstand seine Aufgaben während der Arbeit erledigt, sind Vorgesetzte lediglich früh über den Zeitbedarf zu informieren.

Der Arbeitgeber hat aber keinesfalls etwas zu genehmigen. Selbst bei kurzfristigen Terminen hat die Tätigkeit des Wahlvorstands Vorrang. ■

TIPP

Darum Betriebsrat

Gerade in der Krise versuchen Arbeitgeber, an den Arbeitsbedingungen zu drehen. Doch wer allein mit seinem Chef über längere Arbeitszeiten oder weniger Lohn verhandeln muss, ist leicht erpressbar. Darum läuft es mit Betriebsrat einfach besser. Dokumente, Flyer, Downloads: www.igmetall.de/br-wahlen2010

Dicke Luft am Arbeitsplatz

Welchen Einfluss hat die Luftfeuchte auf die Gesundheit am Arbeitsplatz? Diese Frage beantwortet der Ratgeber »Zu trockene Luft im Büro«. Die Broschüre des Vereins Deutsches Netzwerk Büro informiert über die Ursachen trockener Luft sowie



die Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden. Praxisbeispiele zeigen, welche Erfahrungen Unternehmen mit modernen Luftbefeuchtungssystemen gemachten haben.

Die Broschüre gibt es als PDF-Dokument zum Herunterladen unter: www.dnb-verein.de ■

Nahtlos versichert

Quizfrage aus der Rubrik »Krankenversicherung«: Stell Dir vor, Du wechselst den Arbeitgeber und hast zwischen den zwei Jobs einen Monat frei. Bist Du dann krankenversichert? Antwort: Ja, für eine Übergangszeit von bis zu einem Monat haben Pflichtversicherte den sogenannten nachgehenden Versicherungsschutz. Er

gilt für alle gesetzlichen Krankenkassen. Davon profitiert man nicht, wenn man in der Jobpause anderweitig arbeitet (Minijob), nicht über ein Familienmitglied mitversichert ist (Eltern oder Ehepartner) oder wenn man freiwillig gesetzlich versichert ist. Die Jobpause sollte man seiner Krankenkasse mitteilen. ■

PRÜFSTAND

Auf Schritt und Tritt

Spitze Eisenteile, scharfe Kanten oder ätzende Flüssigkeiten – in vielen Berufen gelten auch für Füße strenge Schutzvorschriften. Damit zu erkennen ist, um welche Art von Fußschutz es sich handelt, sind die Schuhe mit den Schutzfunktionen gekennzeichnet: Klasse S1 bedeutet, der Schuh hat eine Zehenkappe. Bei S2 kommt noch wasserdichtes Außenmaterial hinzu. Ein S3-Schuh hat zudem eine durchtrittssichere Sohle. Alle Schuhe haben Schutzkappen unterschiedlicher Widerstandskraft, die aus Stahl, Kunststoff oder Aluminium sein können.

Der Chef zahlt. Der Arbeitgeber muss Schutzschuhe zur Verfügung stellen, und zwar kostenfrei. Wie lange sie im Einsatz sein dürfen, hängt von Beanspruchung und Pflege ab. Hersteller müssen deshalb Angaben zur Gebrauchsdauer machen. Bei Schäden oder leichten Rissen heißt es sofort: Weg damit!

Nasse Schuhe brauchen ausreichend Zeit zum Trocknen. Ein Lederschuh sollte aber nicht zu nah an der Heizung abgestellt werden, weil er sonst zu stark austrocknet und brüchig wird. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de



Selbst robuste Schutzschuhe leben nur begrenzt. Bei Rissen müssen sofort neue her.

Foto: Maxim Malevich / fotolia.com



Papa und Baby: Immer mehr Väter gehen in die Elternzeit.

Neue Väter hat das Land

FAMILIE UND BERUF

Ein Gesetz bewirkt offenbar mehr als tausend Worte: 2008 beantragten über 18 Prozent der Väter Elterngeld. Ein Drittel von ihnen nimmt sich mehr als zwei Monate Zeit für den Nachwuchs.

Das neue Elterngeld bringt nicht nur Väter in Bewegung. Es sorgt auch für neues Denken in den Unternehmen. Das belegt eine neue Studie des Berliner Instituts für Sozialwissenschaftlichen Transfer (SowiTra), die von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde.

Früher waren es ein bis drei Prozent, jetzt nimmt jeder sechste Vater eine Familienauszeit. (Wie Väter die Elternzeit nutzen sieht man in der Grafik auf Seite 8.) Das Elterngeld von bis zu zwei Dritteln des Nettoeinkommens ist ein starkes Argument dafür. Das Minimum liegt bei 300 Euro,

das Maximum bei 1800 Euro. Seit zunehmend auch Väter die Elternmonate nutzen, versteht man in den Betrieben: Männer haben auch Kinder. »Die Sensibilität für die Belange von Eltern wächst«, beobachten Svenja Pfahl und Stefan Reuyß vom SowiTra auf Basis ihrer Onlinebefragung von 624 erwerbstätigen Vätern und Gesprächen mit Personalern und Betriebsräten.

Neuer Schwung. Väter stellen nun immer öfter berufliche Nachteile durch Elternzeit in Frage, ermittelten die Wissenschaftler. Dadurch erhalten die

CHECKLISTE

Elterngeld

So kommen Väter, die ihr Kind betreuen wollen, in den »Genuss« von Elterngeld:

1. Elterngeld ist eine Leistung des Bundes, wird aber von den Ländern verwaltet. Der Download von Anträgen auf Elterngeld und Service: www.elterngeld.net
2. Wo es Betriebsräte gibt, gibt es auch mehr Elterngeldväter. Interessierte sollten also ihre betrieblichen Interessenvertreter ansprechen und einbeziehen.
3. Wieviel Geld bekomme ich? Hier gibt es die Antwort und noch mehr Informationen: www.bmfsfj.de/Eltern-geldrechner

Foto: Daniel Fuhr / fotolia.com

Marlis.Dahne@igmetall.de

Grüne Arbeit, gutes Klima

DER ANDERE BLICK

Der Klimawandel geht vor allem die Wirtschaft etwas an – und die, die dort arbeiten. Darum waren die Gewerkschaften auf der Klimakonferenz in Kopenhagen stark vertreten. Sie fordern, dass das Treibhausgas Kohlendioxid drastisch gesenkt wird. Aber der Weg dahin muss global, sozial und fair gestaltet werden.



Illustration: funnyfilter / fotolia.com

Die Zeiten, in denen Arbeitsplätze gegen Umweltschutz ausgespielt wurden, sind passé. Schon vor der Klimakonferenz in Kopenhagen hat der Europäische Metallgewerkschaftsbund eindeutig erklärt: Er unterstützt das Ziel der Europäischen Union, den Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) in Europa bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 30 Prozent zu senken und bis 2050 um 80 Prozent. Das Treibhausgas CO₂ ist der Hauptverursacher der globalen Erwärmung.

Grün produzieren. Klimaschutz und »gute Arbeit« sind zwei Seiten einer Medaille. Eine ambitionierte Klimapolitik kann dazu beitragen, die Wirtschaftskrise zu bewältigen. Denn die notwendige Senkung klimaschädlicher Emissionen ist heute vor allem eine Frage von Innovationen und Technologien: Eine zukunftsfähige Wirtschaft braucht mehr Investitionen in erneuerbare Energien, in den effizienteren und damit sparsameren

Einsatz von Energie und in umweltfreundliche Produkte.

Gerade die Metall- und Elektroindustrie profitiert davon. Bei Energie sparen und Umweltprodukten liegt der Anteil der deutschen Maschinenbaubetriebe am weltweiten Markt bei über 30 Prozent. Der Siemens-Konzern zum Beispiel erzielt schon jetzt rund ein Viertel seines Umsatzes mit Umwelttechnologien. In den letzten Jahren hat sich außerdem gezeigt: »Green Tech« ist weniger krisenanfällig als andere Güter. So hat zum Beispiel die Firma Voith Hydro in Heidenheim mitten in der Krise mit ihren Wasserkrafttechnologien das beste Umsatzergebnis ihrer Geschichte erzielt. Bis 2020 können in den grünen Wachstumsmärkten wie Solaranlagen, Elektromotoren, effizientere Stromleitungen und CO₂-arme Kraftwerke nach einer

Die Erderwärmung kennt keine Grenzen. Alle Länder müssen »grüner« wirtschaften.



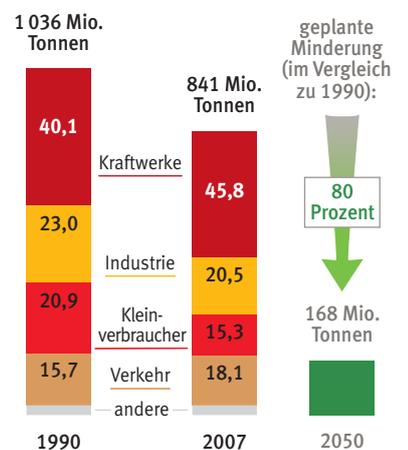
HINTERGRUND

Der Klimawandel und die World of work

Etwa zweihundert Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus aller Welt waren im Dezember auf der 15. Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Kopenhagen. Sie nutzten den Gipfel, um in rund 30 eigenen Veranstaltungen und Diskussionsforen ihre Positionen in die Debatte einzubringen und Politiker zu überzeugen. Zum Beispiel Umweltminister Röttgen und EU-Politiker Rasmussen. Das Motto ihres Begleitkongresses: »World of work« – Welt der Arbeit.

Verursacher des Treibhausklimas

Anteil am Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) in Deutschland, in Prozent



Quelle: Umweltbundesamt/IG-Metall Wirtschaftsabteilung

Studie der Unternehmensberatung McKinsey rund 850 000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Der Einstieg in eine kohlenstoffarme Wirtschaft kann aber nur gelingen, wenn er von den Menschen akzeptiert wird. Und das setzt voraus, dass er sozial gestaltet wird. Gerade dies zu vermitteln, war den Gewerkschaften in Kopenhagen wichtig. Grüne Arbeit muss gute Arbeit sein.

Oasen austrocknen. Wichtig ist also, dass das Klimaproblem global gelöst wird. So sollte auch das Emissionshandelssystem der EU zu einem weltweiten Kohlenstoffmarkt ausgebaut werden. Branchen wie etwa die Stahlindustrie erzeugen prozessbedingt viel CO₂. Wenn europäische Stahlkonzerne dafür teuer bezahlen müssen, andere nicht, erleiden sie Wettbewerbsnachteile und es

Zur Autorin

Angelika Thomas, 48, ist Ressortleiterin für Technologie und Umwelt in der Wirtschaftsabteilung beim IG Metall-Vorstand. Sie ist damit zuständig für Klima-, Energie- und Umweltpolitik und war auf dem Klimagipfel in Kopenhagen.



Foto: Andreas Pleimes

Überall auf der Welt. Auch in Deutschland ist das keinesfalls in jedem Unternehmen der Fall. Bekanntes Beispiel ist Enercon, der Hersteller von Windenergieanlagen: Die Geschäftsleitung behindert Betriebsratsarbeit und versucht, Enercon-Betriebe zu gewerkschaftsfreien Zonen ohne Tarifverträge zu machen.

Fair und global. Weitreichende Klimaschutzabkommen haben nur dann eine Chance, wenn sie von allen Staaten als fair akzeptiert werden. Die Verursacher des Klimawandels sind vor allem die Industrieländer, allen voran die USA, aber auch Europa. Sie müssen die Verantwortung übernehmen – durch Finanzhilfen und Technologietransfers in Schwellen- und Entwicklungsländer. Arme Menschen in Entwicklungsländern werden von den Folgen des Klimawandels besonders hart getroffen. Schon heute leiden sie unter Dürre und Wassernot.

Ohne Grenzen. Es geht aber nicht nur um ein Geben und Nehmen. Auch Schwellenländer wie China müssen ihre Wirtschaft auf kohlendioxidarme Produktion umstellen. Treibhausgase kennen keine Ländergrenzen.

besteht die Gefahr, dass sie in »Kohlenstoff-Oasen« fliehen. Das Negativbeispiel wäre ein internationaler Wettlauf um die billigsten Standorte, wie bei den Steuer-oasen. Ein solcher Verdrängungswettbewerb würde sowohl dem Klima als auch den Beschäftigten schaden. Darum sind weltweite Regelungen erforderlich. Überhaupt sind die Regierungen gefordert, die Umstellung der Industrie auf kohlenstoffarme Produktion viel stärker zu unterstützen.

Auch die IG Metall muss mehr tun. Und Betriebsräte und Beschäftigte müssen eine aktivere Rolle spielen – indem sie Vorschläge an ihren eigenen Arbeitsplätzen machen. Jeder kann etwas für den Klimaschutz tun. ■

Angelika.Thomas@igmetall.de

»GreenTech: Arbeitsplätze mit Zukunft« – IG Metall-Info mit Fakten und Zahlen:
www.igmetall.de/Downloads
 → Wirtschaftspolitische Informationen

Die deutschen Gewerkschafter informieren über den Kopenhagener Klimagipfel in einem Klimablog:

► <http://dgb-klimablog.blogspot.com>

DAS STICHWORT

TV Beschäftigungssicherung

Schon seit 1994 bestehen für die Metall-, Elektro- und Stahlindustrie Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung, kurz TV Besch. Sie wurden abgeschlossen für den Fall, dass Betriebe nicht mehr genug Arbeit haben und Kurzarbeit nicht mehr möglich ist. Die TV Besch ermöglichen es, über freiwillige Betriebsvereinbarungen die Arbeitszeit vorübergehend zu senken, um Entlassungen zu vermeiden. So lange Arbeitnehmer kürzer arbeiten, sind sie vor Kündigungen geschützt.

Die Arbeitszeit kann für alle gesenkt werden oder nur für einzelne Abteilungen oder Gruppen. Und zwar in ostdeutschen Metall- und Elektrobetrieben auf 32 bis 33 Stunden in der Woche, in den meisten westdeutschen auf 30, in Bayern und Niedersachsen auf 29 Stunden und in der Stahlindustrie auf 28 Stunden.

Arbeitet jemand zehn Prozent weniger, erhält er auch zehn Prozent weniger Entgelt. Auch die Sozialversicherungsbeiträge verringern sich entsprechend. Ein Teillohnausgleich ist derzeit

nur für Stahl geregelt. Es kann aber betrieblich vereinbart werden, das Urlaubs- und Weihnachtsgeld auf das Monatsentgelt umzulegen, um die monatlichen Abzüge gering zu halten.

Anders als bei Kurzarbeit zahlen die Metall-Beschäftigten Arbeitszeitverkürzungen nach dem TV Besch also allein. Darum sieht die IG Metall in ihnen keinen Ersatz für Kurzarbeit. Der TV Besch soll nur dann zum Zuge kommen, wenn Kurzarbeit nicht (mehr) geht.

In der Diskussion. In der IG Metall wird zurzeit darüber diskutiert, die TV Besch zu ändern: Die Arbeitszeit soll um weitere Stunden sinken können. Dann aber sollen die Arbeitgeber einen Teillohnausgleich zahlen. Die Politik soll dafür sorgen, dass darauf keine Steuern und Sozialabgaben gezahlt werden müssen. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Mehr Informationen:
 ► www.igmetall.de/tv_besch

Tief rein in die Ohren

ARBEIT UND GESUNDHEIT



Foto: www.sonicshop.de

Lärmschutz hilft nur, wenn man ihn richtig anwendet.

Lärmschutz nützt nur, wenn er richtig sitzt. Lange Haare oder Ohrhinge verhindern häufig, dass der Kapselgehörschutz richtig aufliegt. Auch Bügel von Schutzbrillen und Haltebänder von Atemschutzmasken können die sogenannte »Gehörvorsorge« stören. Außerdem sind die Dichtungskissen der Ohrenschützer oft veraltet. Ein weiterer typischer Fehler: Wenn Ohrstöpsel nicht tief genug im Gehörgang sitzen. Wer dauerhaft Lärm mit einem Pegel von mehr als 85 Dezibel ausgesetzt ist, riskiert schwerhörig zu werden. ■

Mehr Tipps hat die Berufsgenossenschaft:
 ► www.bg-laerm.de



Daimler-Beschäftigte protestierten in Sindelfingen.

Foto: Martin Storz/GRAFFITI

Schock, Zorn, Erfolg

DA GEHT WAS Der Schock saß tief im Daimler-Werk Sindelfingen und in der Region. Genauso groß ist nun die Erleichterung: Trotz Verlagerung der C-Klasse bleibt die Beschäftigung bis 2020 gesichert – ein Erfolg der Belegschaft.

»Sindelfingen 2020« heißt die Vereinbarung, die die Belegschaft dem Daimler-Vorstand nach zornigen Protesten und harten Verhandlungen abgerungen hat. Für zehn Jahre sind die Arbeitsplätze gesichert. Sindelfingen ist als Produktionsstandort der Mercedes-Benz-Oberklasse festgeschrieben. »Wir sind froh, dass wir trotz der aus unserer Sicht falschen Entscheidung des Vorstands die Arbeitsplätze über einen so langen Zeitraum sichern konnten«, sagt Erich Klemm. Der Daimler-Gesamtbetriebsratsvorsitzende und Betriebsratschef in Sindelfingen ließ keinen Zweifel daran, wem das zu verdanken ist: »Dieser Belegschaft und ihrer enormen Solidarität und Ent-

schlossenheit, in der schlimmsten Krise dieses Unternehmens.«

Die Entscheidung des Daimler-Vorstands, die C-Klasse nach Bremen und in die USA zu verlagern, führte Sindelfingen in »eine Art Ausnahmestand«, beschreibt Erich Klemm. Eine Betriebsversammlung folgte der nächsten;

die Beschäftigten legten die Arbeit nieder, marschierten zur Werksleitung, vor die Tore und in die Städte. Vom »Fanal von Sindelfingen« war die Rede, von »wildem Streik«, von »mutwilliger Zerstörung« gar – reine Gerüchte in hochexplosiver Atmosphäre. Die Sindelfinger kämpften plötzlich für die ganze

Region. »Es ging hier nicht nur um eine betriebliche Auseinandersetzung«, sagt Uwe Meinhardt, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Stuttgart, sondern um den ganzen Automobilstandort mit Zulieferern und Dienstleistern: »Das wurde hier zum ersten Mal begriffen.«

Einmalige Vereinbarung. Schon im Sommer, weiß Erich Klemm, hatte der Betriebsrat erste Hinweise auf die Vorstandspläne erhalten: »Wir haben ihnen von Anfang an gesagt: Wenn ihr das macht, gibt's Krach.« – »Die C-Klasse wurde in Sindelfingen erfunden, das ist unser Kind, das gibt man nicht einfach her.« Dennoch: Die Warnungen wurden nicht oder wollten nicht gehört werden. Klemm: »Nur Druck, nichts anderes hilft. Auf die Einsicht der Gegenseite lässt sich nur begrenzt hoffen.«

Der unterschätzte, geballte Zorn führte am Ende zu »Sindelfingen 2020«; erste »wachsweiche« Zusagen von Daimler-Chef Dieter Zetsche genügten nicht mehr. Selbst die Ausstiegsklausel »ist so hart, dass sie erst greift, wenn das Unternehmen insgesamt gefährdet ist«. Für den kommenden Strukturwandel, betont Klemm, gebe die »einmalige Vereinbarung« nun Sicherheit in der Personalplanung. ■ uli.eberhardt@email.de



HINTERGRUND

Vereinbarung »Sindelfingen 2020«:

Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen für 37 000 Beschäftigte bis 31. Dezember 2019; S- und E-Klasse bleiben; Schaffung von mindestens 2700 neuen Arbeitsplätzen als Ersatz für die C-Klasse und weitere Insourcing-Projekte; Ausbildungsplätze bleiben und alle Azubis werden übernommen.

Ins Licht gerückt

TIPP FÜR DEN JOB

Am Arbeitsplatz sorgt gute Beleuchtung vor allem dafür, Unfälle zu vermeiden und Gefahren früh zu erkennen. Dennoch sparen Unternehmen oft beim Licht.

Ein paar Lampen an die Decke hängen und fertig? So einfach ist es nicht, wenn der Arbeitsplatz auf Dauer nicht unterbelichtet bleiben soll. Dennoch verfahren nach der Erfahrung von Gerold Soestmeyer manche Unternehmen nach der Methode: Lampen gibt's im Baumarkt oder bei Elektro Meyer. »Kein Unternehmer würde sich ein Heizungssystem selbst zusammenbauen, aber für die Beleuchtung holen sich nur wenige eine Fachberatung«, bemerkt Soestmeyer, Leiter des Fachausschusses Beleuchtung der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung.

Dabei können Firmen beim Licht viel falsch machen. Ob ein Arbeitsplatz gut beleuchtet ist, hängt nicht nur von der Stärke der Glühlampen ab. Licht sollte im Raum

streu, von der Decke reflektiert werden und von der Seite kommen. Große Kontraste – heller Bildschirm im dunklen Zimmer – und Blendungen belasten das Auge. Die Folge von schlechter Beleuchtung: Beschäftigte sind gestresst und ermüden schnell. Aber eine gute Beleuchtung ist nur die halbe Miete.

+ TIPP

Licht für jede Gelegenheit

Wie hell es am Arbeitsplatz sein muss, hängt von verschiedenen Faktoren ab, etwa von der Art der Arbeit und dem Alter der Beschäftigten. Mehr dazu gibt es in der Arbeitsstättenrichtlinie ASR 7/3.

Lampen müssen auch regelmäßig gereinigt und ausgetauscht werden, damit sie ihre Leuchtkraft behalten.

Blau aktiviert. Licht hat auch einen Wohlfühlfaktor. Die Farbanteile beeinflussen die Stimmung. »Viel blau wirkt aktivierend«, sagt Soestmeyer, »rot eher gemütlich.« Natürliches Licht wechselt im Laufe des Tages seine Farbanteile. Das entspricht dem menschlichen Rhythmus. Daher muss jeder Arbeitsplatz Tageslicht bekommen. Doch das reicht nicht immer aus. Für feine Montagearbeiten oder gefährliche Arbeiten mit spitzen, scharfen oder heißen Gegenständen brauchen Beschäftigte mehr künstliches Licht als im Büro – und im Winter mehr als im Sommer. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de



Eine Schule für Landlose

BLICK AUF DIE WELT

Junge Metalller haben beim Bau einer Schule der Landlosenbewegung in Brasilien mitgeholfen.

Die Landlosenbewegung »Movimento dos Sem Terra« (MST) in Brasilien hat ihre eigene Schule. Die IG Metall-Jugend und Partner haben Spenden gesammelt, in Brasilien mitgebaut und im Dezember die Schule in Leipzig an die MST »übergeben«.

In Brasilien lassen Großgrundbesitzer viel Ackerland unge-



Bauhelfer der IG Metall und brasilianische Gewerkschafter in Brasilien.

nutzt brachliegen. Die MST kämpft dafür, dass der Staat die Besitzer enteignet und das Land Bedürftigen zuteilt. Anfangs noch geächtet und verfolgt hat die MST in 25 Jahren 90 000 Familien auf eigenen Grund gebracht. Der Lernstoff der neuen Schule: politische Bildung, das Organisieren sozialer Bewegungen und Landwirtschaft. ■

WARM ANZEIGEN

JUNGE BESCHÄFTIGTE

Jungen Menschen weht in der Krise ein eiskalter Wind entgegen. Da sie oft als Leiharbeiter oder in befristeten Jobs arbeiten, sind sie auch oft unter den ersten, die entlassen werden. Zurzeit ist bei hunderttausenden Azubis, die in diesen Wochen auslernen, die Übernahme in Gefahr. Und auch für Studierende sind die Aussichten düster. Die Betroffenen reden nicht offen darüber – aus Angst, ihre letzten Chancen zu verspielen. Aber Chancen gibt es. Vor allem da, wo Metaller sich reinhängen.

Von Dirk Erb

»Ich will für meine Zukunft ... einen sicheren Arbeitsplatz«, schreibt Daniel, 19 Jahre. »Eine Perspektive und genug Geld, um meine Familie zu ernähren«, will Meike, 25. »Ausbildungsstelle«, »Übernahme nach der Ausbildung«, »Raus aus der Leiharbeit« – und immer wieder »sicherer Arbeitsplatz«. Diese Wünsche haben junge Beschäftigte auf der Webseite der IG Metall-Jugend zur »Operation Übernahme« verewigt.

»Ein sicherer Arbeitsplatz« ist auch laut Studien des DGB und der IG Metall Zukunftswunsch Nummer eins bei jungen Menschen. Doch der ist für viele in weite Ferne gerückt. Die Arbeitslosigkeit unter den 20- bis 35-Jährigen ist fast dreimal so stark gestiegen wie bei den Älteren. Kommt der nächste Schlag in den kommenden Wochen? Hunderttausende Azubis in den Betrieben machen ihre Abschlussprüfung. Und Umfragen zeigen, dass die Übernahme danach bei zwei Dritteln auf der

Kippe steht. Auch die Tarifverträge der IG Metall, die zumindest eine befristete Weiterbeschäftigung vorschreiben, greifen oft nicht mehr: In Notlagen können Betriebe davon abweichen. Zehntausenden Azubis droht nun der Absturz auf Hartz IV – wenn nichts passiert.

Zittern. Auch bei Sandy Vana, 20, stand die Zukunft auf der Kippe. Nach ihrer Abschlussprüfung als Kfz-Lackiererin bei MAN Nutzfahrzeuge in München vor einem Jahr, war sie zunächst für zwölf Monate übernommen worden. Ein Jahr der Unsicherheit. Denn ihr Betrieb ist wie die gesamte LKW-Branche von der Krise besonders betroffen.

»Wir wussten nicht mal, ob wir überhaupt übernommen werden. Wir hatten schon überall Kurzarbeit«, erinnert sich Sandy Vana. »Und nach der Übernahme war ich dann selbst dauernd in Kurzarbeit. Ich habe nicht mehr damit

gerechnet, dass ich hier weiter bleiben kann. Ich konnte an nichts anderes denken.«

Sandy hat sich in anderen Betrieben umgeschaut. Doch auch da war nichts zu machen. Alle Pläne schienen geplatzt: Die eigene Wohnung, ein Auto, das nicht auseinanderfällt – die Weiterbildung zur Technikerin.

Ende November kam endlich die Erlösung: Alle 79 Auslerner des Jahres 2009 werden unbefristet übernommen. Das haben Betriebsrat und Jugendvertretung in harten Verhandlungen mit

»Ich habe nicht mehr damit gerechnet, dass ich hier bleibe. Jetzt kann ich viel positiver an die Arbeit gehen.«

Sandy Vana, 20,
Kfz-Lackiererin



Foto: Gerhard Blank

der Geschäftsführung erreicht. Und: In Zukunft werden grundsätzlich alle Azubis übernommen. Unbefristet. Und nicht nur das: Die Ausbildung bei MAN insgesamt ist gesichert. In München werden mehr Azubis eingestellt als im Vorjahr.

»Von allein hätte der Vorstand sich nicht so klar zu den Azubis bekannt«, meint Ufuk Yildirim, Vorsitzender der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung. »Aber wir haben den Vorstand überzeugt: Wenn es nach der Krise wieder aufwärts geht, brauchen wir Fachkräfte.«

Sandy Vana ist ein Stein vom Herzen gefallen. »Jetzt fühle ich mich viel freier und kann viel positiver an die Arbeit gehen.«

Kämpfen. Eine unbefristete Stelle – ein doppelter Glücksfall. Denn selbst die, die übernommen werden, bekommen meist nur einen Job auf Zeit. Aber immerhin noch eine Chance.

Jan-Philipp Kahlert, 22, ist nach seiner kaufmännischen Ausbildung bei Atlas Copco, einem Hersteller baggergeführter Abbruch-

maschinen in Essen für ein halbes Jahr übernommen worden. In dieser Zeit hat er einen neuen Arbeitsplatz gefunden und steht auf eigenen Beinen. »Ich bin endlich von zu Hause ausgezogen. Auch wenn man liebe Eltern hat, will man irgendwann mal unabhängig sein und mit der Freundin zusammen wohnen.« Im letzten Frühjahr, kurz vor seiner Abschlussprüfung, sah das noch ganz anders aus: massive Auftragseinbrüche. Überall Kurzarbeit. »Der Personalchef kam in die Jugendversammlung:

»Angeblich fehlen Ingenieure, aber keiner stellt ein. Die Anforderungen steigen, aber es kommt nichts zurück.«

Bernward Schönteich, 25, Maschinenbau-Student.



Foto: Susanne Hübner

Wir werden nicht übernommen – wegen der wirtschaftlichen Lage. Ein Riesenschock, obwohl wir das schon befürchtet hatten.«

Doch die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) und der Betriebsrat haben sich reingehängt – und die Azubis und viele »Ältere« zusammengetrommelt. Mit der IG Metall-Jugend Essen ging es zu einer Demo in Berlin. Dort drehten sie ein Protestvideo für das Internet, das bis zur Geschäftsführung ausstrahlte. Mit Erfolg: Bald saßen JAV und Betriebsrat am Verhandlungstisch.

»Ihr könnt die Azubis in Kurzarbeit übernehmen«, schlug der JAV-Vorsitzende Sascha Hartmann vor. »Das kostet nicht viel. Aber für die Azubis ist das viel wert: Sie haben Zeit, sich zu bewerben, auch auf ein Studium. Zumindest gibt es danach Arbeitslosengeld statt Hartz IV.« Der Kompromiss: ein halbes Jahr. Für Jan-Philipp brachte das die nötige Ruhe und Berufspraxis, um eine neue Stelle zu finden. Geschafft. Doch Tausende andere stehen vor dem Nichts. Offen reden will kaum einer – aus Angst, sich die letzte Chance zu versauen.

Die IG Metall will sich mit damit nicht abfinden. Im Frühjahr 2009 hat die IG Metall-Jugend die »Operation Übernahme« gestartet, mit Aktionen auf den Straßen und in den Betrieben.

Auch in Tarifverhandlungen soll die Übernahme eine wichtige Rolle spielen (siehe Seite 8/9). »In der Übernahme steckt die Zukunft eines jeden Auszubildenden«, betont Eric Leiderer, Bundesjugendsekretär der IG Metall. »Wir werden für die Übernahme weiter energisch kämpfen – für so viele wie möglich.«

Und überall kämpfen Metaller um Lösungen, die Arbeitsplätze sichern: verkürzte Arbeitszeit nach Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrag oder Kurzarbeit, wenn nötig runter bis auf null, gerade auch um junge Beschäftigte zu halten. Qualifizierungsmaßnahmen, die jetzt Entlastung bringen – und Arbeitsplätze für die Zukunft sicherer machen. Das alles hilft natürlich auch den Jungen in den Betrieben.

Zappeln. Aber wie sieht es an den Hochschulen aus? In den Medien klagt die Industrie über »Ingenieurmangel«. Doch auf den Jobmessen für Studierende, wie dem Absolventenkongress Ende November in Köln, sieht das anders aus: Viel weniger Stände als in früheren Jahren. Und fast nur noch Supermärkte und Finanzdienstleister werben dort Nachwuchs. Die Industrie sucht man vergebens – wegen der Krise, sagt der Veranstalter. Junge Menschen irren in Anzügen umher. Und sie kommen zum Stand der IG Me-



Metaller kämpfen für ihre Zukunft

Im Frühjahr 2009 hat die IG Metall-Jugend die »Operation Übernahme« gestartet: Mit kreativen Aktionen machen junge Metallerinnen und Metaller öffentlichen Druck für die Übernahme nach der Ausbildung, für die Zukunft der jungen Generation – in den Betrieben und auf den Straßen. Zum Beispiel bei den Nikolausaktionen in vielen Städten. Mehr Infos, Fotos und Videos von Aktionen:

► www.operation-uebernahme.de

tall, um den sie früher eher einen Bogen gemacht haben. Dort gibt es Tipps, die sie an der Uni nicht bekommen, zu Einstiegsgehältern und Arbeitsvertrag. Und alle berichten: Echte Stellen gibt es kaum. Nur Traineejobs und Praktika.

»Alle Unternehmen suchen angeblich händeringend nach Ingenieuren – stellen aber keinen ein«, beschreibt Bernward Schönteich, 25, die groteske Lage. Er studiert in Braunschweig im zehnten Semester Maschinenbau und steht kurz vor dem Abschluss. Für ihn ist klar: Die Aussichten sind gesunken. Auf der anderen Seite steigt der Druck auf die Studierenden immer mehr: Sie müssen immer schneller studieren, brauchen immer bessere Noten – und am besten Geld von zuhause: Für einen Nebenjob, um die Studiengebühren und den Lebensunterhalt zu zahlen, bleibt keine Zeit mehr. Und dennoch: Ohne zig Praktika geht gar nichts. Das ist Pflicht. Und ins Ausland gehen muss auch sein. Bernward selbst hat Glück: Er macht jetzt ein halbes Jahr Auslandspraktikum bei VW in Südafrika, bevor er seine Diplomarbeit schreibt. Doch für die Jüngeren in den neuen, verkürzten Bachelor-Studiengängen ist ein längeres Praktikum mit einem sinnvollen Projekt kaum noch drin. In den Semesterferien bleiben oft nur drei, vier Wochen Zeit, in denen sich alle um Kurzpraktika in den Betrieben drängen.

Eine Bezahlung für die Praktikanten gibt es längst nur noch in Ausnahmen. Doch auch sonst ist es schlechter geworden, findet Bernward. »Früher wurde ich im Praktikum noch betreut und ich habe was gelernt. Heute bist du oft nur noch billige Arbeitskraft. Sogar Sicherheitsschuhe musst du selbst mitbringen.«

Und doch hoffen viele, über ein Praktikum ein Bein in eine Firma zu bekommen. Eine oft

trügerische Hoffnung: Viele von Bernwards Bekannten halten sich nach der Abschlussprüfung mit befristeten Verträgen in Instituten über Wasser. Oder sie versuchen es bei Ingenieurdienstleistern – Leihfirmen für »Hochqualifizierte«.

Bernward selbst glaubt schon, dass er einen Job findet, wenn die Krise bald vorbei ist. Aber Pläne oder konkrete Aussichten? Eher erst mal nicht. Mit der Ungewissheit muss heute jeder leben und so gut studieren, wie es geht. Aber abfinden will sich Bernward damit nicht: Er ist in der IG Metall aktiv und hat den Bildungsstreik der Studierenden mitorganisiert. »Die Anforderungen an uns steigen immer mehr. Die Politik beschließt, was die Wirtschaft angeblich braucht«, kritisiert Bernward. »Auf der anderen Seite bekommen wir nichts zurück. Keine Sicherheit. Keine Perspektiven. Außer für diejenigen, die von zuhause genug Unterstützung haben. Auslese und Einzelkämpfermentalität nehmen immer mehr zu.«

An den IG Metall-Stand auf dem Absolventenkongress kommen viele »Einzelkämpfer«, darunter auch eine diplomierte Maschinenbau-Ingenieurin, Mitte Zwanzig. Der Betrieb, in dem sie ein Einstiegspraktikum begonnen hat, ist pleite. Seit fast einem Jahr ist sie auf Jobsuche und hat über hundert Bewerbungen geschrieben. Ein einziges Bewerbungsgespräch hatte sie in dieser Zeit – und das war in Luxemburg. Vor eine Kamera will sie lieber nicht. Denn vielleicht kommt sie ja doch noch – die Chance. ■

»Wir sollten nicht übernommen werden, wegen der wirtschaftlichen Lage. Das war ein Riesenschock.«

Jan-Philipp Kahlert, 22, Einkäufer



Foto: Tanja Pickartz

13

Die Arbeitslosigkeit der unter 35-Jährigen ist seit Ende 2008 um 13 Prozent gestiegen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

30

30 Prozent der unter 35-Jährigen arbeiten als Praktikanten, Befristete oder Leiharbeiter.

Quelle: Studie der IG Metall »Junge Generation«

62

Bei 62 Prozent der Azubis, die in den nächsten Wochen auslernen, steht die Übernahme auf der Kippe.

Quellen: Betriebsräte-Umfrage der IG Metall NRW; Azubi-Umfrage der DGB-Jugend

79

79 Prozent der jungen Beschäftigten unter 30 Jahren gehen auch krank zur Arbeit. 46 Prozent lassen sich sogar Medikamente verschreiben, um fit zu sein.

(DGB-Index »Junge Beschäftigte« 2009)

98

Für 98 Prozent der unter 35-Jährigen ist für ein »Gutes Leben« vor allem wichtig: Ein sicherer Arbeitsplatz.

Quelle: IG Metall-Umfrage zur Kampagne »Gemeinsam für ein Gutes Leben«

Shopping-Tour mit Folgen

DER RECHTSFALL

Nicht selten geht man auf seinem Heimweg schnell noch etwas einkaufen. Bei privaten Besorgungen kann das aber den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung kosten.

Ein Beschäftigter ist nicht nur im Betrieb, sondern auch auf seinem Hin- und Heimweg gesetzlich unfallversichert. Voraussetzung: Er befindet sich auf dem direkten Weg. Doch wer einen kleinen Zwischenstopp einlegt, um beispielsweise einkaufen zu gehen, sollte wissen: Passiert auf dem Weg ins Geschäft, im Laden selbst oder auf dem Rückweg zum Auto oder zur Bahn ein Unfall, geht der gesetzliche Unfallversicherungsschutz verloren. Auch wenn man dafür nur mal eben die Straße überqueren muss oder sich das Geschäft an der nächsten Ecke befindet.

Unerhebliche Unterbrechung.

In einigen Fällen urteilte das Bundessozialgericht, dass eine »unerhebliche Unterbrechung« vorliege, wenn die Besorgung unmittelbar im Bereich der Straße und ohne nennenswerte zeitliche Verzögerung im Vorbeigehen erledigt wird. Beispielsweise beim Ziehen von Zigaretten »im Vorbeigehen« aus einem Automaten. Oder wenn sich jemand im Gebüsch die Blase erleichtert.



Foto: Janine Lamontagne / iStockphoto.com

Je voller die Einkaufstasche, desto länger der Heimweg.



HINTERGRUND

Die Zwei-Stunden-Regel

Shopping auf dem Arbeitsweg unterbricht den Versicherungsschutz. Er bleibt aber bestehen, wenn man sich nach dem Einkauf wieder auf den direkten Heimweg begibt. Dauert der Einkauf länger als zwei Stunden, geht der Schutz jedoch auf dem Heimweg danach verloren.

Versicherte Umwege. Prinzipiell ist nur der direkte Arbeitsweg versichert. Dieser ist nicht zu verwechseln mit der möglichst kürzesten Strecke.

Es sind nämlich Fahrten über Schnellstraßen oder Schleichwege erlaubt, wenn über diesen längeren Weg der Arbeitsplatz schneller zu erreichen ist. Gleiches gilt für Umleitungen, (auch wegen Stau), Fahrgemeinschaften und wenn man sein Kind zur Tagesstätte bringt.

Die IG Metall hilft. Wegen der ziemlich komplizierten Rechtslage empfehlen die Experten der IG Metall, bei einem Wegeunfall dringend die Verwaltungsstelle vor Ort zu kontaktieren. Dort erhalten Mitglieder kostenfreie Beratung. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Der S

ZU BESUCH BEI JOHANNES KLENK

Was Johannes Klenk macht, das will er gut machen, egal ob im Studium oder im Engagement für andere. Der passionierte Rennradfahrer und Promotions-Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung entwickelte ein Grundlagen-seminar für Böckler-Stipendiaten: »Gewerkschaft for Beginners«. Dafür wurde er mit dem Engagement-Preis der Stiftung ausgezeichnet.

Als Johannes Klenk in Jeans und Pulli am Esslinger Bahnhof aus dem Bus springt, ist man angenehm überrascht. Denn eigentlich erwartet man einen blasierten, allzu selbstbewussten Menschen, wenn man an einen Doktoranden mit sehr gutem Diplom und Preis in der Tasche denkt. Der junge Mann ist jedoch auf Anhieb sympathisch.

Überzeugter Metaller. »Das war gar keine Frage, dass ich mich in der entsprechenden Gewerkschaft engagiere, sobald ich mit der Arbeitswelt in Berührung komme«, begründet der Doktorand seinen Eintritt in die IG Metall mit 18 Jahren. Im Rahmen eines Ferienjobs »beim Daimler« suchte er das Betriebsratsbüro auf und ließ sich aufnehmen. »Ein Schüler, der nur sechs Wochen im Werk ist, aber Mitglied werden will, das war ungewöhnlich«, grinst er.

Als Stipendiat und Metaller kennt er die Welt der Studierenden und die der Metaller. Viele Studierende haben bisher nicht in Branchen gearbeitet, wo es

Hightech für die tägliche Rasur

DAS PRODUKT

Jeder kennt sie: die Rasierer von Gillette. Sie sind Hightech pur – für den »Fusion« kommt Nanotechnologie und Präzisionsmechanik zum Einsatz. Ein Stab von Wissenschaftlern entwickelt neue Produkte. 1000 Beschäftigte in Berlin fertigen die Klingen für die Rasierer. Als 2009 die Nachfrage wieder anstieg, handelte der Berliner Betriebsrat ein Paket zur Sicherung der übertariflichen Leistungen bis 2012 aus, als Gegenleistung für mehr Flexibilität der Beschäftigten. ■

Der Gillette Fusion: Von Metallern hergestellter Hightech-Rasierer.



Foto: Gillette

tipendiat



Foto: Jochen Schönfeld

Metaller mit ausgezeichnetem Engagement: Johannes Klenk.

eine starke Interessensvertretung gibt. »Es ist klar, dass die Studenten dann keine Erfahrungen mit Gewerkschaften gesammelt haben«, fasst er seine Beobachtungen zusammen.

Die Hans-Böckler-Stiftung fördert nicht nur Schüler und Studierende mit gewerkschaftlichem Hintergrund, sondern generell sozial, kulturell oder politisch engagierte junge Menschen. Es ist daher kein Wunder, dass unter den Stipendiaten viele Wissenslücken rund um die Gewerkschaft haben.

Einsteiger-Seminar. Johannes Klenk fiel auf, dass viele Stipendiate der HBS nicht nur vor ihrer Förderung keinen Bezug zur Gewerkschaft haben, sondern auch hinterher. Viele durchlaufen die Förderung, ohne mit gewerkschaftlichen Themen in Berührung zu kommen. »Es fehlte ein Seminar für Leute, die bisher keine Ahnung von Gewerkschaft hatten.«

Da Klenk »lieber aktiv wird als lamentiert«, entwickelte er gemeinsam mit einem Freund aus Bremen ein Seminarkonzept. Das Seminar »Gewerkschaft for Beginners« beginnt mit dem Grundlagenteil. Dabei geht es um die Daten und Fakten zu Gewerkschaften und zur betrieblichen Mitbestimmung, »dort kann man alle Fragen stellen, doofe Fragen gibt es nicht«, betont der Stipendiat.

Der nächste Teil sieht eine Werksbesichtigung vor, anschließend können die Seminarteilnehmer sich mit Betriebsräten und Vertrauensleuten austauschen. »Beim Besuch im Stahlwerk reift ziemlich schnell die Erkenntnis: Der Job ist als Gesunder schon eine Belastung, Schwächere, Kranke und Ältere können das ja kaum schaffen«, beschreibt Klenk die Reaktionen der Teilnehmer. »Wir brauchen die Gewerkschaft, denn alleine ist man machtlos, nur gemeinsam sind wir stark«, dieses Aha-Erlebnis nehmen viele aus den Werksbesichtigungen mit. In einer abschließenden Runde können sich

die Teilnehmenden in kleinen Gruppen speziellen Themen widmen, diese werden dann im Plenum vorgestellt.

Das Seminar war beim ersten Mal so erfolgreich, dass es nun fester Bestandteil des Seminarangebotes der HBS ist. Es findet drei Mal im Jahr statt und wird von mehreren Stipendiaten durchgeführt. Die Teilnahme ist wie bei allen Seminaren der HBS freiwillig.

Vorgeprägt. Klenks Mutter war Bildungssekretärin in der Verwaltungsstelle Esslingen. Ein großer Teil seiner Kindheit und Jugend spielte sich auf dem Campingplatz des DGB-Sommercamps am Bodensee ab. Dort begann Klenk sich zu engagieren, zunächst als Teamer, später im Vorstand des Fördervereins des Jugendcamps. Seinen Zivildienst leistete er in Stuttgart in einer gewerkschaftlichen Bildungseinrichtung ab. »Hast du Kontakt zu anderen Gewerkschaftern, ist es völlig normal, dass sich das so weiterentwickelt«, beschreibt er seinen Werdegang in der Gewerkschaft. ■

Volker.Beck@igmetall.de



HINTERGRUND

HBS-Engagement-Preis

- Der Preis wird seit 2008 an besonders engagierte Stipendiatinnen und Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung verliehen.
- Eine Jury wählt aus Vorschlägen von Vertrauensdozenten und Stipendiaten aus.
- Die Preisträger bekommen eine Urkunde, eine Flasche Champagner und eine Wochenend-Städtereise, jedoch absichtlich keine Geldpreise.
- Für sein Engagement wurde Johannes Klenk 2009 ausgezeichnet. Weitere Preisträgerin war zum Beispiel die Initiatorin von Arbeiterkind.de.

Mit der Zahnbürste Bagger schrubbten

WAS MICH BESCHÄFTIGT

metallzeitung sprach mit Jochen Buß. Als Azubi wurde er von der Firma ausgenutzt und gemobbt: Bagger putzen, Hof kehren. Ausbildung? Fehlanzeige.



Foto: Patric Dressel

Azubi Jochen Buß, 22: geschrubbt statt was gelernt. Aber mit Bürste.

Du bist in die IG Metall eingetreten, obwohl Du jetzt den Landwirtschaftsbetrieb Deines Vaters übernimmst und dann selbstständig bist?

Jochen Buß: Ja. Ich war kurz vor Ende meiner Ausbildung als Landmaschinenmechaniker. Ich wurde im Betrieb gemobbt, musste Maschinen sauber machen und den Hof kehren. Dass ich fachlich was lerne, hat die gar

nicht interessiert. Einmal sollte ich einen Bagger mit einer Zahnbürste schrubbten. Und die Zahnbürste sollte ich mir auch noch von zu Hause mitbringen. Ich habe mich geweigert. Aber es wurde immer schlimmer: Ich bekam eine Abmahnung wegen Kleinigkeiten und durfte nur noch den Hof kehren. Schließlich hat ein Bekannter mir den Tipp gegeben: Geh doch mal zur IG Metall. Und die haben mir dann geholfen.

Wie sah denn die Lösung für Dich aus?

Buß: Wir haben probiert, einen Ersatzbetrieb zu finden. Das hat jedoch so kurz vor Schluss nicht mehr geklappt. Doch die Handwerkskammer hat erlaubt, dass ich die Ausbildung außerhalb des Betriebs, nur an der Berufsschule beende. Die wissen ja auch von der Zuständen bei der Firma. Die ist bekannt dafür, dass sie Azubis triezt.

Ende Januar steht nun Deine praktische Prüfung an. Wie machst Du das – ohne echte praktische Ausbildung?

Buß: Das ist natürlich jetzt ein Problem. Gelernt habe ich in der Firma eigentlich gar nichts. Das muss ich bis zur Prüfung an unseren Maschinen auf dem Hof alles noch nachholen. Mein Bruder und Freunde helfen mir dabei. Und die IG Metall hat auch schon mit der Handwerkskammer gesprochen, damit sie meine Ausbildungsumstände bei der Prüfung berücksichtigt. ■

Dirk.Erb@igmetall.de



MACH MIT

Azubi und gemobbt?

Wenn Ihr auch in der Ausbildung kehren, putzen oder Kaffee kochen müsst, schreibt uns:

▶ **metallzeitung**
@igmetall.de

■ Erste Hilfe für Azubis:
Dr. Azubi beantwortet Eure Fragen:

▶ **www.dr-azubi.de**

■ Meldet Euch bei Eurer IG Metall vor Ort.



Der Chef hat für die Firma Insolvenz beantragt. Wird mir gekündigt? Und was wird aus meinem Lohn, meinem Urlaub und meinem Weihnachtsgeld?

Wenn die Firma Pleite macht

GUTER RAT

Insolvenzverwalter sehen eine große Insolvenzwelle auf Deutschland zurollen. Was kommt auf die Beschäftigten zu, wenn ihr Betrieb Insolvenz anmeldet?

Eines vorweg: Eine Insolvenz bedeutet nicht zwangsläufig das Aus. Es kann auch sein, dass die Firma verkauft wird. Oder dass sie in der Insolvenz saniert und danach vom selben Arbeitgeber weitergeführt wird. Der schlechteste Fall: Der Betrieb wird stillgelegt.

Mit der Insolvenzeröffnung beginnt das Insolvenzverfahren, eingeleitet vom Insolvenzgericht. Das Gericht setzt einen Verwalter ein. Er übernimmt den Job des Arbeitgebers und ist Ansprechpartner für die Beschäftigten.

Geld und Urlaub. Wird nach der Insolvenzeröffnung erst mal normal weitergearbeitet, haben die Beschäftigten Anspruch auf ihr volles Entgelt, genauso wie auf Urlaub und Urlaubsgeld.

Insolvenzgeld. Kann die Firma den Lohn aber nach ein paar Monaten nicht mehr zahlen, steht den Arbeitnehmern für die letzten drei Monate ihres Arbeitsverhältnisses vor der Insolvenzeröffnung Insolvenzgeld zu. Das bekommen sie nur auf Antrag. Er muss spätestens



Illustration: Leo Pellegrino

zwei Monate nach der Insolvenzeröffnung gestellt werden.

Das Insolvenzgeld zahlt die Arbeitsagentur aus. Es ist so hoch wie das vorherige Nettoentgelt. Nur nach oben begrenzt durch die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung. Urlaubs- und Weihnachtsgeld können ganz oder teilweise ins Insolvenzgeld einfließen.

Rückstände. Haben Beschäftigte schon vor dem Insolvenzgeld kein Entgelt mehr erhalten, sind diese Rückstände Insolvenzforderungen. Sie müssen beim Insolvenzverwalter gemeldet werden. Dabei hilft die IG Metall-Verwaltungsstelle. Oft organisiert auch der Insolvenzverwalter oder der Betriebsrat die Anmeldung. Ob und wieviel die Beschäftigten vom ausstehenden Geld noch bekommen, hängt von der Insolvenzmasse ab, die noch verteilt werden kann. Auch Urlaubsentgelt, das sie vor der Insolvenzeröffnung noch nicht erhalten hatten, gehört zu den Insolvenzforderungen.

Betriebsrenten. Sie sind in den meisten Fällen gesichert: Bei der Insolvenzeröffnung übernimmt

der Pensionssicherungsverein die laufenden Betriebsrenten und die Ansprüche auf künftige, soweit sie schon unverfallbar sind.

Freigestellt. Ist der Insolvenzverwalter nach der Insolvenzeröffnung finanziell nicht in der Lage, die Löhne und Gehälter weiter zu zahlen, stellt er die Belegschaft wahrscheinlich von der Arbeit frei. Auch wenn er noch nicht gekündigt hat, können die Beschäftigten sich dann schon arbeitslos melden und Arbeitslosengeld beantragen.

Kündigung. Kündigt der Insolvenzverwalter den Beschäftigten gleich mit der Insolvenzeröffnung, gilt eine (verkürzte) Kündigungsfrist von höchstens drei Monaten.

Besteht die Aussicht, dass der Betrieb weitergeführt wird, empfiehlt sich eine Kündigungsschutzklage. Sie muss aber innerhalb von drei Wochen nach der Kündigung eingereicht werden. Betroffene sollten sich darum umgehend von ihrer IG Metall-Verwaltungsstelle beraten lassen.

In den drei verbleibenden Monaten nach der Kündigung stehen den Arbeitnehmern weiter 100 Prozent ihres Lohn zu. Doch wahrscheinlich stellt der Insolvenzverwalter sie gleich mit der Kündigung von der Arbeit frei und schickt sie zur Arbeitsagentur. Als Freigestellte haben sie nämlich Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Hat der Insolvenzverwalter sie mit der Kündigung freigestellt, obwohl er noch nicht zahlungsunfähig war (noch keine »Masseunzulänglichkeit« angezeigt hat), können die Beschäftigten die Differenz zwischen dem Arbeitslosengeld und früheren Lohn später vor dem Arbeitsgericht einklagen. Vorteil: Wenn die Klage erfolgreich war, erhalten sie drei Monate länger Arbeitslosengeld.

Sozialplan. Wird der Betrieb geschlossen, muss der Insolvenzverwalter mit dem Betriebsrat einen Sozialplan vereinbaren. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

+

TIPPS

- Arbeitnehmer, die durch eine Firmenpleite selbst in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, sollten sich nicht scheuen, die Schuldnerberatung aufzusuchen und bei ihrer Stadt oder Gemeinde ergänzende Sozialleistungen, etwa Wohngeld, zu beantragen.
- Rat und Hilfe im Falle einer Unternehmensinsolvenz gibt die örtliche Verwaltungsstelle der IG Metall. Wie sie erreichbar ist, steht im Internet unter:
 - ▶ www.igmetall.de
 - Servicebereich
 - IG Metall vor Ort
- Weitere Informationen zum Thema finden sich im Merkblatt der IG Metall »Insolvenz des Arbeitgebers. Was heißt das für die Beschäftigten?«:
 - ▶ www.igmetall.de/insolvenz

IN KÜRZE

»Eintrittsgeld« rechens

Die Praxisgebühr von zehn Euro verstößt nach Auffassung des Bundessozialgerichts (BSG) nicht gegen das Grundgesetz. Geklagt hatte – unterstützt vom DGB-Rechtsschutz – ein Versicherter, für den die Gebühr ein verfassungswidriges Sonderopfer im Krankenversicherungssystem darstellte. ■

▶ **BSG vom 25. Juni 2009, Az. B 3 KR 3/08 R**



Foto: Sven Hoppe / Fotolia.com

Bei gravierenden Nebenwirkungen einer Impfung haftet der Staat.

Haftung bei Impfpanne

Wer durch eine Schutzimpfung einen gesundheitlichen Schaden erlitten hat, erhält nach Paragraph 60 Infektionsschutzgesetz wegen der Folgen dieses Impfschadens eine Versorgung durch den Staat. Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts ist hierbei entscheidend, dass der Patient davon ausgegangen ist, die öffentlich empfohlene Impfung sei richtig. ■

▶ **BSG vom 2. Oktober 2008, Az. B 9/9a VJ 1/07 R**

Heizkosten-Nachzahlung

Was können Hartz-IV-Bezieher tun, wenn Energie- und Heizkosten nachzuzahlen sind? Ein Infoblatt der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen gibt Tipps und erläutert die sozialrechtlichen Regelungen. ■

▶ www.erwerbslos.de
→ A-Info (Nummer 132)

Zu viele Stunden

BACHELOR

Mit dem Bologna-Prozess werden die bisherigen Diplomabschlüsse durch den neuen zweistufigen Bachelor- und Masterabschluss ersetzt. Bei der Umsetzung liegt noch einiges im Argen.



Kleine Gruppen, individuelle Betreuung – so macht studieren Spaß.

Mit der sogenannten Bologna-Reform sollte alles besser werden: leichtere Mobilität innerhalb Europas, vereinfachte Anerkennung von Prüfungsleistungen, mehr Praxis und geringere Abbrecherquoten, insbesondere in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik).

Die Realität sieht anders aus. Bei den Ingenieuren ist die Abbrecherquote gestiegen, und vor allem die Technischen Universitäten sehen den Bachelor als »Zwischenprüfung« auf dem Weg zu Master.

Die Probleme der neuen Abschlüsse sind bekannt: zu große Arbeitsbelastung von bis zu 1800 Stunden im Jahr und zu schlechte Ausstattung der Universitäten und

Fachhochschulen, dort fehlen Milliardenbeträge. Auch das Überangebot an Spezialstudiengängen sorgt für Verwirrung, allein für Ingenieure gibt es 1443 Bachelor- und 1002 Masterstudiengänge. Der fehlende Praxisbezug und willkürlich gesetzte Leistungsnachweise lassen vor allem Studierende ohne Hochschulreife früh scheitern. Studiengebühren schrecken zusätzlich ab, wo sie existieren, fordert die IG Metall deshalb, sie abzuschaffen.

Studium ohne Abitur. Auch ohne Abitur ist ein Studium möglich. Mit dem Meister oder Techniker kann man direkt an die Uni oder die FH, als Kaufmann oder als Facharbeiter braucht man drei Jah-

re Berufserfahrung und eine Eignungsprüfung. In Rheinland-Pfalz genügen zwei Jahre Berufserfahrung und statt der Prüfung reicht ein Beratungsgespräch. Durch eine Berufsausbildung erworbene Kompetenzen können bis zu 50 Prozent angerechnet werden.

Berufsaussichten. Der neue Abschluss wird, zumindest bei Ingenieuren, von der Wirtschaft gut angenommen. Im Schnitt finden Absolventen nach drei Monaten einen Job. Bis zu drei Viertel der Uni-Absolventen hängen noch einen Master dran, FH-Absolventen wechseln zu 60 Prozent direkt in den Job. Einschnitte gibt es jedoch beim Gehalt, Bachelor verdienen

16–20 Prozent weniger als Diplom- oder Masterabsolventen. Das ergab eine Befragung von 35 000 Absolventen. Die IG Metall hat in ERA-Verträgen sichergestellt, dass der Bachelor wie ein FH-Diplom und der Master wie ein Uni-Diplom einzugruppiert ist.

Beratung. Wer sich für ein Studium interessiert, sollte sich gut beraten lassen. Diana Kiesecker und Bernd Kaßbaum aus dem IG Metall-Bildungsressort beantworten ab dem 11. Januar gerne Fragen rund um den Bologna-Prozess. ■

Volker.Beck@igmetall.de

Weitere Infos im Bildungsportal:

▶ www.igmetall-wap.de

+ TIPP

IG Metall-Beratung

Die Kollegen aus dem Bildungsressort beantworten ab dem 11. Januar alle Fragen rund um den Bologna-Prozess.

■ Bernd Kaßbaum

▶ Bernd.Kassebaum@igmetall.de

Tel.: 069-66 93-24 14

■ Diana Kiesecker

▶ Diana.Kiesecker@igmetall.de

Tel.: 069-66 93-23 08

Weitere Beratungsangebote

■ Initiative Arbeiterkind.de

▶ www.arbeiterkind.de

■ Hans-Böckler-Stiftung

▶ www.boeckler.de

→ Studienförderung

■ IG Metall für Studierende

▶ www.hochschulinformationsbuero.de

■ Bundes-Aufstiegsstipendium

▶ www.aufstieg-durchbildung.info



Foto: Carmen Jaspeisen (2), www.BilderBox.com

Menschen mit Behinderungen im normalen Arbeitsmarkt: Diese drei sind dabei.

Alle Drähte heiß machen

JOBS OHNE BARRIEREN

Es gibt Arbeitgeber, die gegenüber behinderten Menschen offen sind und sie fördern. Aber das sind längst nicht alle. Betroffene müssen sich häufig aktiv einen Weg suchen.

Es gibt in Deutschland ein Gesetz, dass die Integration von Menschen mit Behinderungen fördern soll. In Kurzform: Jeder zwanzigste Arbeitsplatz in einem Betrieb muss ein Behinderter besetzen. Eigentlich ist es schlimm genug, dass es so ein Gesetz überhaupt geben muss. Aber darüberhinaus gibt es auch noch Arbeitgeber, die sich nicht dran halten. Und das liegt nicht daran, dass es zuwenig Kandidaten gibt. Bernhard Grunewald ist Schwerbehindertenvertreter bei Opel. Er weiß aus jahrelanger Erfahrung: »Der Knackpunkt ist das getrennte Schulsystem: Solange wir in Deutschland neben

den Regelschulen auch Förderschulen haben, wird es auch Vorurteile geben. Die Arbeitgeber von morgen haben dann keine positive Erfahrung mit Behinderten.« Grunewald erzählt, dass zurzeit die Integrationsämter, die für junge Behinderte die erste Anlaufstelle zum normalen Arbeitsmarkt sind, überlastet sind. Zuviele Entlassungsanträge. Umso wichtiger sind in solchen Zeiten andere Möglichkeiten.

Andere Wege probieren. Alle Drähte heiß laufen lassen, heißt darum die Devise. Wer sich nicht bemerkbar macht, der kommt nicht weit. Die Möglichkeiten:

■ Sich über die Initiative »Jobs ohne Barrieren« informieren: www.jobs-ohne-barrieren.de. Es handelt sich um eine Förderplattform mit vielen einzelnen Projekten.

■ Bei den regionalen Gewerkschaftshäusern anrufen: Sie kennen die Betriebe der Umgebung und deren Personalsituation.

■ Auch die Arbeitsagenturen kennen die regionalen Netzwerke für behinderte Menschen.

■ In einem Betrieb nachfragen: Am besten den Betriebsrat oder den Schwerbehindertenvertreter ausfindig machen. Zum Beispiel in den Betrieben der Eltern. ■

Ilka.Grobe@igmetall.de

Neues Bildungszentrum

Das IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel wird umgebaut. Mitte Dezember legte der Erste Vorsitzende, Berthold Huber, zusammen mit IG Metall-Hauptkassierer Bertin Eichler sowie Schulleiter Fritz Janitz den Grundstein. 25 Millionen Euro kostet das neue Gebäude. »Eine Investition in die Zukunft«, sagte

Huber. In dem Bildungszentrum werden Betriebsräte, Vertrauensleute und Mitglieder geschult. Denn Bildungsarbeit ist immer auch Kampf um die Köpfe. ■

Mehr zum Umbau unter:
www.igmetall-sprockhoevel.de
 → Neubau

Janitz und Huber (rechts) bei der Grundsteinlegung: Inhalt der Röhre, die eingemauert wurde, sind die Satzung, gute Wünsche, das Leitbild der Bildungsstätte sowie eine metallzeitung.



Foto: Ulf Grohs/igf 12/2009

GRUNDSTEINLEGUNG 14. DEZEMBER 2009

BILDUNG IM WANDEL



Bildung Sprock

IN KÜRZE

Datenschutz im Netz

Das Netz vergisst nichts: Was einmal drin steht, bleibt drin. Darum ist es wichtig, seine Daten zu schützen. Egal ob Facebook, Schüler- oder StudiVZ, jedes soziale Netzwerk hat eigene Besonderheiten, kaum jemand blickt da noch durch. Die Initiative »Ich im Netz« des Telefonbuch-Verlags gibt rechtliche, technische und inhaltliche Tipps rund um die Selbstdarstellung im Netz. ■

www.ichimnetz.de



Foto: Michael H. Ebner / LUPICOM

»Unsere« Super-Azubis mit Regina Görner vom IG Metall-Vorstand.

Super-Azubis 2009

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) ehrte im Dezember die besten Azubis Deutschlands. Unter den 209 Top-Absolventen wurden auch 15 Metallerrinnen und Metaller mit der Bestnote ausgezeichnet – und das bei weit mehr als 300 000 Prüfungsteilnehmern. Mehr zum Thema erzählt Regina Görner in ihrem Blog auf dem IG Metall-Bildungsportal. ■

<http://neu.igmetall-wap.de/gblog>

Bildungsstreik wirkt

Durch den massiven Druck der Schüler und Studierenden befasst sich die Politik mit den Forderungen der Streikenden. Erster Erfolg: Verbesserungen beim Bachelor. ■

www.bildungsstreik2009.de

Die Finanzkrise ist vorbei, der Klimawandel wird gestoppt, die Arbeitslosigkeit geht auf 0% zurück, Deutschland wird Fußball-Weltmeister - und das alles an einem Tag in 2010 - dem 1. April !



POLO

Karikatur: André Poloczek

1. Welche dieser Antworten ist falsch?

- P** – Der Betriebsrat muss bei Kündigung und Versetzung gehört werden.
- M** – Der Betriebsrat kann mildernde Maßnahmen bei Massenentlassungen aushandeln, etwa Abfindungen, Qualifizierung, Transfergesellschaften.
- J** – Der Betriebsrat hat ein Vetorecht bei Kündigung und bei Standortverlagerung.
- B** – Der Betriebsrat bestimmt bei der Verteilung der Arbeitszeit, bei Schichtregelungen und bei der Kurzarbeit mit.

2. Was gehört nicht zu den Leistungen der IG Metall für Mitglieder?

- I** – Eine Freizeitunfallversicherung zur Abdeckung von Krankenhauskosten.
- C** – Rechtsschutz in sozialrechtlichen Fällen, etwa bei Ärger mit der Arbeitsagentur, dem Jobcenter oder dem Integrationsamt.
- L** – Sterbegeld, das im Todesfall an die Angehörigen ausbezahlt wird.
- A** – Eine Versicherung gegen Management-Fehlentscheidungen im Betrieb

3. Welche dieser Branchen hat die meisten Beschäftigten in Deutschland?

- M** – Die Textil- und Bekleidungsindustrie
- V** – Die Maschinenbau-Industrie
- P** – Die Automobil- und Autozulieferer-Industrie
- E** – Das Gas-, Klima- und Sanitär-Handwerk

4. Wo ist die Übernahme der Azubis nach der Ausbildung geregelt?

- A** – Im Berufsbildungsgesetz
- I** – Im Tarifvertrag, falls vorhanden
- H** – Im Jugend-forscht-Gesetz
- R** – In der Ausbildungsverordnung

Preise

1. Preis:
Eine schwarze Picard-Rindleder-geldbörse, Modell »Melbourne«



2. Preis: Ein original Steiff-Teddy »Fynn im Koffer«

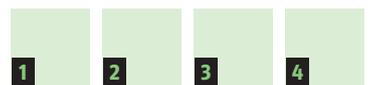


3. Preis:
»Die Drei ??? – Dangerous Quiz Show«, Englisch lernen mit Justus, Peter und Bob. Krimi und Hörbuch von Pons.



Lösungswort

Gibt es in vielen Betrieben. Kann dort gewählt werden, wo es genug von der Sorte und einen Betriebsrat gibt. Hat selten graue Haare. Abkürzung.



Bitte das Lösungswort bis zum 23. Januar unter Angabe von Vor-, Nachname und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de

Die Gewinner im November

Das Lösungswort:
»Arm trotz Arbeit«
Erster Preis: Anja Kähler, Witzeeze,
Zweiter Preis: Ilona Rogall,
Hattingen,
Dritter Preis: Daniel Schmitt,
Leinefelde